Morgenausgabe

Nr. 445 / A 224 — 48. Jahrgang

Wöchentlich 85 Pf., monatlich 3.60 M. (davon 95 Pf. monatlich für Zustellung ins Haus) im voraus zahlbar. Postbezug 4.92 M. einschließlich 60 Pf. Postzeitungs- und 72 Pf. Postbestellgebühren. Auslandsabonnement 6.— M. pro Monat; für Länder mit ermäßigtem Drucksachenporto 5.— M.

Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgabe für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend", Illustrierte Sonntagsbeilage „Volk und Zeit".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Mittwoch 23. September 1931

Groß-Berlin **10** Pf. Auswärts 15 Pf.

Die einspalt. Nonpareillezeile 80 Pf. Reklamezeile 5.— RM. „Kleine Anzeigen" das fettgedruckte Wort 25 Pf. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 12 Pf. Rabatt lt. Tarif. Stellengesuche das erste Wort 15 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Zeile 60 Pf. Familienanzeigen Zeile 40 Pf. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 3, wochentäglich von 8½ bis 17 Uhr. Der Verlag behält sich das Recht der Ablehnung nicht genehmer Anzeigen vor!

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernspr.: Dönhoff (A 7) 292—297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postscheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Lindenstr. 3. Dt. B. u. Disc.-Ges., Depositenk., Jerusalemer Str. 65/66.

Zuspitzung in England.

Verschärfung der innerpolitischen Gegensätze. Henderson wird umworben.

London, 22. September. (Eigenbericht.)

Der Börsenvorstand hat für Mittwoch die Wiedereröffnung der Londoner und der englischen Provinzbörsen beschlossen. Dieser Beschluß kommt überraschend, da man noch am Dienstagvormittag damit gerechnet hatte, daß die Börsen die ganze Woche über geschlossen bleiben würden. Ebenso überraschend ist die Maßnahme des Schatzamts, die den Ankauf von Devisen außer zu den üblichen Handelszwecken verbietet. Man hatte gehofft, sich derartige Zwangsmaßnahmen sparen zu können, wenn sich auch die Regierung die Vollmacht zu ihnen hatte geben lassen. Es hat sich jedoch gezeigt, was offiziell nicht zugegeben wird, daß die

Kapitalflucht bereits eingesetzt

hat. Man muß auch damit rechnen, daß die Regierung Maßnahmen gegen die Preistreiberei wird ergreifen müssen. Die englischen Eisenbahngesellschaften, die Linien nach dem Kontinent betreiben, kündigen bereits für Mittwoch eine Preissteigerung an, die teilweise bis zu 20 Proz. geht. Begründet wird dieses Vorgehen, das man zumindest als überstürzt bezeichnen muß, mit den Schwankungen des Pfundkurses. Da die Eisenbahngesellschaften ein geradezu vorbildliches Ansehen in England genießen, muß man befürchten, daß ihr schlechtes Beispiel auf alle Zweige des Handels wirken wird, die in mehr oder minder berechtigter Weise auf ihre Abhängigkeit vom Auslande hinweisen können. Das zeigt, daß die Aufhebung des Goldstandards doch nicht so ruhig und freudig hingenommen wird, wie man so erwartet hatte.

Auch in bezug auf die innenpolitische Lage ist nicht die Entspannung eingetreten, die man erhofft hatte. Die Konservativen stellen keineswegs ihre Propaganda für sofortige Wahlen ein, vielmehr verstärken sie sie neuerdings noch. Die Ablehnung baldiger Wahlen durch die Liberalen, wenigstens soweit diese noch Freihändler sind, ist dagegen stärker geworden. Sie sehen ein, daß die importeinschränkende und exportanregende Wirkung der Pfundentwertung einen Zolltarif überflüssig macht. Die Arbeiterpartei ist nach wie vor gegen sofortige Wahlen. Von den Meinungsverschiedenheiten über den Wahltermin ist auch die Regierung erfaßt. Die Konservativen haben die Regierung inzwischen offiziell um die baldige Auflösung des Parlaments ersucht. Eine Antwort haben sie bisher nicht erhalten. Macdonald hat jedoch erst kürzlich einen konservativen Antrag auf Abkürzung der gesetzlichen dreiwöchigen Frist für die Wahlkampagne abgelehnt. **Am Dienstag hat sich der Ministerpräsident auf ärztlichen Rat aufs Land begeben** und wird in der Zwischenzeit durch Baldwin vertreten sein.

Von seiten der Wahlgegner wird neuerdings die Erweiterung der jetzigen Regierung durch Eintritt von Führern der Arbeiterpartei propagiert. Man will auf diese Weise ohne Wahlen eine nationale Regierung zustande bringen. Tatsächlich haben zwischen der Regierung und Henderson darüber Verhandlungen stattgefunden. Henderson hat am Montag im Unterhaus auf den Appell Snowdens zur nationalen Einigkeit

seine Mitarbeit von der Zurückziehung des Sparprogramms,

die die Kürzung der Arbeitslosenunterstützung enthält, abhängig gemacht, eine Bedingung, die von der Regierung natürlich nicht angenommen wurde. Trotzdem sind die Bemühungen um seine Mitarbeit in der Regierung fortgeführt worden. Die Kreise, die Henderson gewinnen wollen, setzen ihre Hoffnung darauf, daß der Führer der Arbeiterpartei von den Mitgliedern der ILP. in den letzten Tagen stark angegriffen worden ist. Am Dienstagnachmittag wiederholten sich diese Angriffe im Rahmen einer Versammlung der Parlamentsfraktion der Labour-Party. **Innerhalb der Arbeiterpartei spielt sich gegenwärtig ein scharfer Kampf zwischen dem rechten und dem linken Flügel ab.** Es wäre jedoch übertrieben, den Verhandlungen zwischen der Regierung und Henderson eine große Bedeutung beizumessen. Die Schwierigkeiten, die einem Eintritt Hendersons in die jetzige Regierung entgegenstehen, sind zu groß. Auf jeden Fall muß die Regierung sich bald entscheiden, ob sie das Parlament auflösen will oder nicht.

Panik an der Riviera.

Paris, 22. September.

Die englische Währungskrise hat unter den zahlreichen dauernd oder vorübergehend in Paris weilenden Engländern geradezu panikartig gewirkt. In den großen Hotels gab es eine wahre britische Auswanderung. Viele Engländer zogen es vor, schleunigst die Heimreise anzutreten. Die Züge nach Calais waren infolgedessen überfüllt. — Noch alarmierender wirkte die Krise an der Riviera. Die Banken wurden dort gestern nachmittag von Hunderten von englischen Reisenden belagert. Die Reviera-Banken zahlten für das englische Pfund nur 85 Franken (statt 123! Red.), wechselten auch nur 10 Pfund auf einmal um. Nur die großen Hotels zahlten ihren Kunden entgegenkommenderweise (!) 90 Franken für das Pfund.

Gandhi protestiert.

London, 22. September.

Auf der heutigen Sitzung des Ausschusses für bundesstaatlichen Ausbau der englischen Rundtischkonferenz protestierte Gandhi gegen das Vorgehen der indischen Regierung bei der Aufhebung des Goldstandards, wobei die Meinung Indiens nicht eingeholt wurde. Er müsse hiergegen im Namen des Kongresses protestieren und sei unfähig, die von dem Staatssekretär geforderten Maßnahmen zu unterstützen. Der Gouverneur der Bank von Indien, der als Delegierter der Konferenz beiwohnte, betonte, daß die Maßnahmen, die der Vizekönig und der Finanzminister im Interesse Indiens ergriffen hätten, die durch die Verhältnisse gegebene einzige Möglichkeit darstellten.

Einheit tut not!

Der Beschluß des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuß hat gestern eine Entschließung angenommen, die zur Wahrung der Parteieinheit entschiedene Maßnahmen fordert. Die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft — die zu einem Herd parteifeindlicher Treibereien geworden ist — und die Teilnahme an gewissen Sonderbündeleien wird als unvereinbar mit der Zugehörigkeit zur Partei bezeichnet. Der Beschluß zielt insbesondere gegen die sogenannte „Freie Verlagsgesellschaft", deren Gesellschafter die Genossen Seydewitz und Kurt Rosenfeld sind. Diese „Freie Verlagsgesellschaft" wird nicht wegen des Schriftenvertriebs angegriffen, den sie sich zur Aufgabe gemacht hat, und nicht wegen der Meinungen, die sie vertritt, sondern vielmehr deshalb, weil sie der Deckmantel für sonderbündlerische Bestrebungen innerhalb der Partei ist. Es ließ sich nicht vermeiden, daß einige Genossen vor die Frage gestellt wurden, was ihnen als wertvoller erscheint: die „Freie Verlagsgesellschaft" — oder die Sozialdemokratische Partei!

Die im Parteiausschuß vereinten verantwortlichen Organisationsleiter aus allen Teilen Deutschlands haben mit seltener Einmütigkeit diesen Beschluß gefaßt, der ja auch ihrer Initiative entsprungen ist. Der Parteivorstand verhielt sich eher abwartend. Die Organisationsleiter im Lande waren es, die nach einer Entscheidung drängten. Sie empfanden die Zustände, wie sie sich unter der Einwirkung der Sonderbündler in der Partei entwickelten, als unerträglich und forderten Abhilfe.

Im Parteiausschuß hat sich gestern niemand gegen die Opposition als solche ausgesprochen. Niemand hat verlangt, daß irgendwelche Meinung verboten werden soll. Geklagt wurde nur — und zwar wieder so gut wie einstimmig — über die unkameradschaftlich gehässige Form, in die nur zu oft die Kritik an der Partei gekleidet wurde und, wie schon gesagt, über das sonderbündlerische Vorgehen, das eine Partei in der Partei schaffen will.

Darum denkt auch niemand daran, von den Genossen der Opposition nach Moskauer Art einen bußfertigen Widerruf zu verlangen. Man denkt nicht daran, ihrer Meinungsfreiheit zu nahe zu treten. Selbstkritik zu üben gehört zu den besten Traditionen der Partei. Keiner will sie verlassen. Was von der Opposition verlangt wird, ist weiter nichts als der Verzicht auf ein Verhalten, das zu einer Gruppenabspaltung zu führen droht. Diesen Verzicht zu leisten, sollte keinem Genossen schwer fallen!

Bei der Abstimmung über den letzten Absatz der Entschließung war die Einstimmigkeit, zu der auch sonst wenig fehlte, sogar vollständig hergestellt. Einstimmig beschloß der Parteiausschuß die Aufforderung an den Parteivorstand, „alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen". Dieses einstimmige Bekenntnis zur Einheit und diese ebenso einstimmige Anerkennung der Tatsache, daß es bekämpfenswerte Sonderbestrebungen gibt, verdienen festgehalten zu werden.

Wem es Ernst ist um die Sache des Sozialismus, der muß es als ein ungeheures Unglück empfinden, daß es zu dieser Zeit der schwersten Krise des Kapitalismus eine einige Arbeiterklasse nicht gibt. Die Einigkeit der Arbeiterklasse zerschlagen zu haben, ist das Verbrechen des Kommunismus. Ob die Demokratie und der Weltfrieden erfolgreich verteidigt werden können, ob es gelingt, sozialpolitische Errungenschaften zu halten und sozialistische Forderungen zu verwirklichen, das hängt so gut wie ausschließlich von der Kampfkraft ab, die die Sozialdemokratie zu entwickeln imstande ist.

Gewillt, den Kampf gegen rechts zu führen — gegen den Kapitalismus auf ökonomischem, gegen den Faschismus auf politischem Gebiet — sieht sich die Sozialdemokratie doch immer wieder gezwungen, sich im Rücken gegen einen gehässigen Feind zu verteidigen, der es auf ihre Vernichtung abgesehen hat. Der Kommunismus kennt in seinen Methoden keine Gebote der Sitte — jedes Mittel der Lüge und der Verleumdung ist ihm recht —, er scheut sogar davor nicht zurück, Spitzel in die Sozialdemokratische Partei zu entsenden, damit sie hier Zersetzungsarbeit leisten sollen.

Wenn die Partei, vor solche Aufgaben gestellt und in solche Kämpfe verwickelt, von allen ihren Mitgliedern ein gewisses Maß von Disziplin verlangt, so sollte man eigentlich bei allen Genossen das vollste Verständnis für diese Forderung erwarten dürfen. Wir hegen den lebhaften Wunsch, daß sich dieses Verständnis auch wirklich bei allen noch rechtzeitig ein-

Empfang am Pariser Platz.

Botschafter François-Poncet begrüßt die Presse.

Der neue französische Botschafter François-Poncet empfing am Dienstagnachmittag, also wenige Stunden nach seinem offiziellen Amtsantritt, die Vertreter der deutschen und ausländischen Presse. Er begrüßte die Erschienenen mit einer wohl abgewogenen und geschickten Ansprache, in der er unter anderem ausführte:

„Obwohl Frankreich bisher von der Wirtschaftskrise weniger betroffen wurde als andere Länder, so wünscht es doch keineswegs sich von der übrigen Welt abzuschließen. Selbstverständlich möchte es seine eigenen Interessen wahren, bleibt aber dabei nicht dem Schicksal der benachbarten Völker gegenüber gleichgültig. Im Gegenteil fühlt Frankreich, daß eine immer enger geknüpfte Solidarität, die Nationen miteinander verbindet, und daß nur eine ehrlich gemeinte Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe Europa und die Welt instand setzen werden, eine besonders schwierige Zeitspanne ohne übermäßige Leiden zu überwinden.

Soweit es in ihrer Macht steht, wird die Regierung der französischen Republik alles versuchen, um mit Deutschland zu beständigen Beziehungen und einer wirksamen Zusammenarbeit zu gelangen. Dies entspricht dem Wunsch aller vernünftigdenkenden und wohlgesinnten Leute der beiden Länder.

Möge der Besuch, den die französischen Minister in einigen Tagen der Reichsregierung in Berlin abstatten werden, die Erfüllung dieses Wunsches beschleunigen!"

Sodann betonte der Botschafter, daß er Deutschland gut kenne und namentlich in Berlin studiert habe. Interessant ist, daß er offensichtlich von gewissen Versionen abrückte, die in der Presse über seine Absichten als Botschafter erschienen sind. Er schloß mit einem Appell an das Verständnis der Presse, denn, wie er mit Recht betonte, „das Problem des Friedens ist ja in weitem Maße ein Problem der Presse".

Der Empfang hinterließ bei den Teilnehmern einen günstigen Eindruck. Der neue französische Botschafter hat jedenfalls bewiesen, daß es bei ihm an Initiative und Aktivität nicht fehlen wird. Er hat unverzüglich Fühlung mit den Vertretern der öffentlichen Meinung gesucht, während meistens Diplomaten noch immer den Kontakt mit der Presse zu scheuen scheinen. Man wird nun gespannt sein, inwieweit das in der Ansprache des Botschafters enthaltene Bekenntnis zur internationalen Solidaritätspflicht der Völker durch Taten seiner Regierung bekräftigt wird.

Dreitägiger Ministerbesuch.

Paris, 22. September.

Wie aus der Umgebung des Ministerpräsidenten Laval verlautet, werden Laval und Außenminister Briand am kommenden Sonnabend um 16.25 Uhr mit dem Nord-Expreß aus Paris abreisen und am Sonntag um 8.37 Uhr in Berlin eintreffen. Sie werden Berlin am Dienstag verlassen.

Der Vorsitzende der Zentrumsfraktion des Preußischen Landtags, Abgeordneter Heß, mußte sich in der vergangenen Woche einer Amputation des rechten Beines unterziehen. Das Bein wurde oberhalb des Knies entfernt. Wie es heißt, befindet sich der Patient auf dem Wege zur Besserung.

Von Italienern hingerichtet wurde der Führer der aufständischen Senussi, Omar El Mustar. Er hat nach einer Meldung der Agentur Stefani das gegen ihn vorliegende schwere Anklagematerial über Verrat und bewaffnete Auflehnung bestätigt.

stellen möge, im Interesse der Partei wie auch im Interesse derer, die es zunächst angeht. Denn über diejenigen, die absolut nicht verstehen können, was der furchtbare Ernst der Zeit und die Not der Arbeiterklasse von ihnen verlangt, wird die Entwicklung hinwegschreiten!

Entschließung des Parteiausschusses.

Der Parteiausschuß beschäftigte sich in seiner Sitzung am 22. September mit den in der Partei hervortretenden organisatorischen Sonderbestrebungen. Seine Auffassung darüber kam in folgender Erklärung und Entschließung zum Ausdruck:

Der Parteiausschuß erklärt:

Die propagandistischen und organisatorischen Arbeiten der Partei erfolgen unter Verantwortung und durch die von der gesamten Mitgliedschaft gewählten Körperschaften in den einzelnen Orten und Bezirken. Deshalb beschloß der Parteitag zu Heidelberg in dem Antrage Nr. 96, der von der Zwickauer Bezirksorganisation gestellt war:

„Der Parteitag wolle beschließen: Sonderkonferenzen, Sonderveranstaltungen, wie sie von den 23 sächsischen Landtagsabgeordneten wiederholt abgehalten worden sind, sind verboten."

In Konsequenz dieses Beschlusses beschloß der Parteiausschuß in seiner Sitzung vom 14. Juli 1931, in welcher er sich mit dem bekannten „Mahnruf" in Nr. 13 des „Klassenkampf" befaßte, daß die Einheit und Geschlossenheit der Partei in der gegenwärtigen Sturmzeit mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit sei. Er stellte fest, daß auf der Grundlage der „Marxistischen Büchergemeinde" Ansätze von Organisationen geschaffen seien, die in der Partei ein organisatorisches Sonderleben nach eigenen Gesetzen führten. Er beschloß deshalb, im Sinne des Heidelberger Parteitagsbeschlusses, daß jede Betätigung für diese sonderorganisatorischen Bestrebungen unvereinbar mit den Interessen der Partei sei und als parteischädigende Handlung angesehen werden müsse. Er forderte die Einstellung aller Sonderaktionen und Bestrebungen zur Errichtung selbständiger Organisationsgebilde in und neben der Partei.

Gegen diesen Beschluß erhob sich nur die Stimme eines an den verurteilten Bestrebungen beteiligten Parteiausschußmitgliedes. Die von dem Parteiausschuß ausgesprochene Warnung fand leider nicht die im Interesse der Parteieinheit so dringend notwendige Beachtung. Die „Marxistische Büchergemeinde" setzte ihre Arbeiten unter dem Namen „Freie Verlagsgesellschaft m. b. H." fort. Hier war schon früher die Zentrale der vom Parteiausschuß getadelten sonderorganisatorischen Einrichtungen. Diese Verlagsgesellschaft ließ am 4. September 1931 eine Wochenzeitschrift „Die Fackel" erscheinen, die in einer „Geburtsanzeige" ausdrücklich als gegen die „Leipziger Demokratie" gerichtet bezeichnet wurde. Damit ist der Kampfcharakter dieses außerhalb der Partei stehenden Blattes gegen den Leipziger Parteitag, seine Beschlüsse und die Sozialdemokratische Partei Deutschlands offen zugegeben.

Für die Verbreitung dieser Zeitschrift und zur Schaffung eines Vertrauensmännerkörpers beschaffte man sich von Angestellten der Partei durch Verleitung zur Untreue das erforderliche Adressenmaterial im Reiche. Man versuchte, durch im Dienst der Parteipresse beschäftigte Werber den Vertrieb der „Fackel" und der Roten Bücher der „Marxistischen Büchergemeinde" in die Wege zu leiten. Ohne Kenntnis der Parteiinstanzen sollte der Organisationsapparat oder die Mitgliedschaft in den Dienst dieser Sonderaktion gestellt werden.

Alle diese Handlungen sind ein schwerer Verstoß gegen den Beschluß des Heidelberger Parteitages und ein bewußtes Zuwiderhandeln gegen den als letzte Mahnung gefaßten Beschluß des Parteiausschusses vom 14. Juli 1931. Jede weitere Duldung eines solchen zur Parteispaltung führenden Treibens würde alle verantwortlichen Parteiinstanzen mitschuldig machen.

Dazu kommt die durch führende Personen der Deutschen Friedensgesellschaft durch Aufrufe und Unterschriftensammlung geförderte Gründung einer „Linkssozialistischen Arbeitsgemeinschaft", die sich offen gegen die Sozialdemokratische Partei wendet und zur Schaffung einer „neuen Gemeinschaft" aufruft. Auch hier wendet man sich an Funktionäre der Partei und versucht, Vertrauensmänner und Mitglieder zu werben.

So bestätigt sich, was der Parteiausschuß in seiner Erklärung vom 14. Juli sagte, daß — gewollt oder ungewollt — jene parteizerstörerischen Tendenzen ihre eigenen Entwicklungsgesetze haben. Für Mitglieder der Sozialdemokratischen Partei, die gleichzeitig der Deutschen Friedensgesellschaft angehören, darf es nach jenem Aufruf der „Arbeitsgemeinschaft für linkssozialistische Politik" vom 12. September 1931 keine Frage sein, daß sie aus der Deutschen Friedensgesellschaft auszuscheiden haben.

Der Parteiausschuß beschließt, daß die Zugehörigkeit zur Deutschen Friedensgesellschaft und die Mitarbeit an der Zeitschrift „Das andere Deutschland" unvereinbar ist mit der Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Er beschließt dasselbe für alle diejenigen, welche entgegen dem Heidelberger Beschluß sich an Sonderbestrebungen beteiligen, wie sie durch die Gründung und Unterstützung der „Freien Verlagsgesellschaft" zum Ausdruck kommen.

Der Parteiausschuß fordert den Parteivorstand auf, alle zur Erhaltung der Parteieinheit und zur Bekämpfung der Sonderbestrebungen notwendigen Schritte ungesäumt vorzunehmen.

Hitler und seine Nichte.

München, 22. September.

Die „Münchener Post" hatte im Zusammenhang mit dem Selbstmord der Nichte Adolf Hitlers, namens Raubal, behauptet, daß Hitler vor der Tat mit ihr eine heftige Auseinandersetzung hatte und dagegen gewesen sei, daß sie nach Wien reise, sowie, daß Hitler gegen ihre angebliche Verlobung gewesen sei. Hitler hat der „Münchener Post" eine Berichtigung zugehen lassen, in der er diese Angaben in allen Punkten als unwahr bezeichnet.

Der „Völkische Beobachter" fügt hinzu: es sei amtsärztlich festgestellt, daß entgegen den Behauptungen der „Münchener Post" das Nasenbein der Verunglückten nicht verletzt war und daß die Leiche keine über die Schußfolgen hinausreichenden Verletzungen irgendwelcher Art aufwies.

Mandschurei vor dem Rat.

China ruft den Völkerbund um Hilfe. — Passive Resistenz Japans. — Vorläufiger Beschluß des Rats.

Genf, 22. September. (Eigenbericht.)

Der Völkerbundsrat hat am Dienstag in zwei ausgedehnten Sitzungen auf Anrufung der chinesischen Regierung vorläufig mit dem Appell an Japan und China zur Einstellung der Feindseligkeiten in der Mandschurei geantwortet. Inzwischen soll die Zurückziehung der Truppen aus der Mandschurei vorbereitet werden.

Die außerordentliche Ratssitzung begann mit der Begründung der Anrufung auf Grund des Artikels 11 des Völkerbundspaktes (drohende Kriegsgefahr) durch Chinas Vertreter Sze. Er verlas zwei Telegramme aus Nanking, aus denen die völlige Besetzung des Riesengebietes, die Besitzergreifung der chinesischen Eisenbahnlinien, die Vertreibung chinesischer Beamter und ihrer Ersetzung durch Japaner hervorgeht. Die Situation habe sich seit Montag erheblich verschärft. Es sei daher die Frage, ob außer Artikel 11 des Völkerbundspaktes noch andere Artikel angewandt werden müßten. Der Rat müsse eine direkte Aktion bei Japan zur Friedenssicherung unternehmen.

Yoshizawa-Japan

suchte Zeit zu gewinnen mit der Erklärung, er habe keine Instruktionen seiner Regierung. In der Mandschurei habe Japan ungeheure Interessen. Es könne keine Ueberfälle anerkennen. Die Ereignisse seien hervorgerufen worden durch Zerstörung von Eisenbahnlinien seitens chinesischer Truppen. Der Einmarsch sei nötig gewesen zum Schutze der japanischen Bahnen, sowie des Lebens und Eigentums der Japaner. Seit Jahren seien diese Interessen durch China bedroht. Reparationsforderungen seien für Japan unannehmbar, weil China der Urheber der Ereignisse sei. Seine Regierung habe nicht die Absicht, die Lage zu verschärfen. Die Truppen seien angewiesen, den Fall zu lokalisieren. Er habe Nachricht, daß ein hoher Beamter Chinas jetzt Verhandlungen angeboten habe. Er verlange deshalb Vertagung bis zur nächsten Sitzung, da nur durch solche Verhandlungen der Konflikt beigelegt werden könne.

Sze-China

betonte nochmals die Bereitschaft Chinas, die Entscheidung einer Sonderkommission des Völkerbundes anzuvertrauen. Der Rat habe durch den Völkerbundspakt die Pflicht zum Eingreifen. Keine Nation habe das Recht, Präventivmaßnahmen durchzuführen. Wie sollte China zu direkten Verhandlungen kommen, wenn das Land von japanischen Truppen besetzt sei und die andere Partei Gewalt anwende. Solche Verhandlungen seien nur möglich, wenn die Besetzung aufgehoben werde. Japans Vertreter habe auch die Berechtigung des Rates zum Eingreifen angezweifelt. Selbst weniger schwere Fälle seien vom Rat entschieden worden. Es müßten sofortige Schritte unternommen werden.

Nach zweimal verfochten beide Delegierte ihre Anträge, dann gab Lord Cecil die Grundlage für die Entscheidung. Der Rat sei nicht im Besitz der notwendigen Informationen für eine solche Entscheidung. Vorläufige Maßnahmen aber seien möglich. Das sei nicht der erste Fall dieser Art, daher habe der Rat eine Art fester Prozedur zum Handeln. Beide Parteien müßten ihre Bereitschaft zu Verhandlungen geben. Es müsse ferner ein ernster Appell an die Truppen beider Parteien gerichtet werden, sich aus dem Gebiet der anderen Macht zurückzuziehen.

Der Ratspräsident könne mit den Parteien die Form dieses Appells festsetzen. Man müsse den Vereinigten Staaten von Nordamerika die ganzen Vorgänge mitteilen, da sie an der Einhaltung des Kellogg-Paktes als eine der Garantiemächte stark interessiert seien.

In der Nachmittagssitzung erklärte Yoshizawa, er stimme mit Lord Cecil überein. Japan werde den Kellogg-Pakt stets achten. Er wolle die Bedingungen in der Mandschurei näher darlegen. Die Investierungen Japans in diesem Land betrügen über zwei Milliarden Yen (4,1 Milliarden Mark). Leider beständen Hunderte von strittigen Fragen zwischen Japan und China. Seit Beginn dieses Jahres habe sich das Verhältnis zwischen den japanischen Behörden und der lokalen Bevölkerung sehr zugespitzt. Japan habe stets versucht, die strittigen Fragen zu regeln. Der Zwischenfall müsse danach beurteilt werden.

Sze-China betonte, die Situation habe sich nach den Telegrammen, die er seit der Morgensitzung erhalten habe, von Minute zu Minute verschlechtert. Die Zeit sei das kostbarste bei dieser Angelegenheit. Hunderte von Chinesen würden getötet, einschließlich Frauen und Kinder. Sze rief mit dieser Erklärung stärkste Bewegung beim Völkerbundsrat hervor. China sei gern bereit, alle Fragen durch Verhandlungen zu lösen. Die Grundfrage sei die Invasion in chinesisches Gebiet. Andere Fragen könnten hier gar nicht zur Debatte stehen. Wenn die Autorität des Rates wirkungsvoll gewahrt werden solle, müßte sofort gehandelt, die immer rascher erfolgende Besetzung gestoppt und die japanischen Truppen zurückgenommen werden.

Der spanische Außenminister und gegenwärtige Ratspräsident Lerroux nahm für den Rat Kenntnis von dem japanischen Wunsch, die Frage bis zur nächsten Sitzung zu vertagen. Er wurde dann vom Rat zu folgenden Handlungen ermächtigt: 1. wird eine dringende Aufforderung an beide Regierungen gerichtet, sich jeder Handlung zu enthalten, die eine Verschlechterung der Lage herbeiführen oder die friedliche Regelung der Frage präjudizieren könnte, 2. soll zusammen mit dem chinesischen und dem japanischen Vertreter nach geeigneten Mitteln gesucht werden, die den beiden Ländern erlauben, sofort ihre Truppen zurückzuziehen, ohne daß die Sicherheit des Lebens ihrer Landsleute und der Schutz ihres Eigentums gefährdet wird, 3. werden zu Informationszwecken die Verhandlungsberichte der Ratssitzungen und die Dokumente der Streitfragen der Regierung der Vereinigten Staaten mitgeteilt.

Der deutsche Reichsaußenminister Dr. Curtius erklärte dazu kurz, die Entscheidung könne vorläufig angenommen werden. Es seien jedoch nur erste Schritte. Der Rat müsse alsbald weitere Maßnahmen ergreifen. Massigli-Frankreich unterstrich diesen „sehr glücklichen" Standpunkt des deutschen Vertreters und bestand auf raschestem Handeln. Das verlangte auch Braatland-Norwegen, Grandi-Italien und Sokal-Polen. Schließlich beantragte Sze für Mittwoch eine neue Ratssitzung. Dem hielt Yoshizawa entgegen, er wisse nicht, ob er dann schon die nötigen Instruktionen habe. Lord Cecil und der Ratspräsident forderten ihn auf, für die Beschaffung dieser Informationen so rasch wie möglich Sorge zu tragen. Der Rat ging auseinander mit dem Beschluß, daß diese neu Ratstagung sobald wie möglich einberufen wird.

Japan widersetzt sich.

Genf, 22. September. (Eigenbericht.)

In den Verhandlungen zwischen den Parteien und dem Rat wegen des Konflikts in der Mandschurei leistete Japan entschiedenen Widerstand gegen den vierten Punkt, den der Rat in seiner Entscheidung verkünden wollte, nämlich die Entsendung einer aus den Militärattachés der fremden Mächte in Peking und Tokio bestehenden Militärkommission in das besetzte Gebiet. Japan fühlt sich schon durch die drei anderen Punkte sehr stark berührt und betrachtet die Reden von Cecil, Curtius und den anderen Ratsmitgliedern bereits als offene Stellungnahme gegen seine Aktion. Es ist nicht ausgeschlossen, daß der vierte Punkt auch gegen Japans Widerstand noch angenommen wird, wenn sich die Besetzung in den nächsten 24 Stunden weiter ausdehnen sollte. Der Grad der Wirksamkeit der Ratsentscheidung hängt auch sehr stark von der Haltung Amerikas ab, das man in dieser schwierigen Frage unter Berufung auf den Kellogg-Pakt absichtlich hereingezogen hat.

Frick droht Brüning!

Mit dem Sturz oder mit dem Umlegen?

Wie die Reichspressestelle der NSDAP. mitteilt, hat die nationalsozialistische Reichstagsfraktion an den Reichskanzler folgendes Telegramm gesandt:

„Reichskanzler Brüning, Berlin. Mordtaten bewaffneter Marxisten gegen wehrlose Nationalsozialisten häufen sich erschreckend. Sühne erfolgt regelmäßig nicht. Im Rechtsstaat trägt Regierung letzte Verantwortung für Sicherheit der Volksgenossen. Wir erklären daher, daß wir für ungenügenden Schutz unserer Parteigenossen die Mitglieder der gegenwärtigen Regierung verantwortlich machen und gegebenenfalls zur Verantwortung ziehen werden.

Nationalsozialistische Reichstagsfraktion, gez. Frick."

Reichspräsident v. Hindenburg wurde telegraphisch von diesem Telegramm an den Reichskanzler in Kenntnis gesetzt.

Für die politischen Totschlägereien, die ein Unglück und eine Schande sind, gibt es zwei Hauptverantwortliche: die Kommunistische Partei und die Nationalsozialistische Partei. SA. ist nicht um ein Haar besser als Rotfront, und blutige Opfer gibt es auf beiden Seiten. Die Polizei tut, was sie kann, ist aber leider manchmal auch nicht einmal imstande, die Mörder ihrer eigenen Kameraden festzustellen. Daß die Behörden den Nationalsozialisten den Schutz, auf den sie als Staatsbürger Anspruch haben, böswilliger- oder fahrlässigerweise versagen, behauptet selbst Frick nicht.

Der gegenwärtigen Reichsregierung kann man verschiedene schwere Sünden vorwerfen — aber sie für die Schlägereien einer verrohten Jugend und ihren leider oft tödlichen Ausgang verantwortlich zu machen, ist geradezu grotesk. Auch Herr Frick muß als ehemaliger thüringischer Polizeiminister genug gelernt haben, um zu wissen, daß diese Konstruktion ganz unmöglich ist. So bleibt nur eine politische Aktion gegen die Reichsregierung übrig, die um so mehr Aufmerksamkeit beansprucht, als die Sprache, deren sich die Akteure bedienen, offenbar gewollt zweideutig ist.

Herr Frick wird sich natürlich mit gut gespielter Entrüstung gegen den Verdacht wehren, er habe mit dem „Verantwortlich machen" etwas anderes als die parlamentarische Verantwortung gemeint. Aber sicherlich hat er diese Sprache, die den Geruch der Erzberger- und Rathenau-Zeit mit sich trägt, nicht ganz ohne Absicht gewählt. Hat doch auch der nationalsozialistische Führer Hugenberg neulich in Stettin ausgesprochen, im Falle einer Katastrophe sollten nur Person und Eigentum derer geschützt werden, „die sich zu uns bekannt haben". Deutscher Bürger, kaufe dir rechtzeitig ein deutschnationales Parteibuch, wenn du nicht gebrandschatzt und gekillt werden willst!

Das ist die Sprache und Art unserer „nationalen Opposition". Sie wird Deutschland zu neuer Größe emporführen. Aber bestimmt!

Mit gefälschtem Hitler-Paß.

Mörder Hauschke in Innsbruck als Fälscher verurteilt.

München, 22. September. (Eigenbericht.)

Das Innsbrucker Landgericht verurteilte den steckbrieflich verfolgten Hakenkreuzler Max Hauschke, der als Rädelsführer bei der Ermordung der zwei Berliner Reichsbannerleute in der Silvesternacht festgestellt wurde, wegen Paßfälschung zu 2 Monaten schweren Kerkers. Hauschke wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt. Die Grenze bei Kufstein hatte er am 14. Juli mit dem Paß eines Münchener Nazimannes überschritten, den er mit seiner Photographie und einem falschen Polizeistempel versehen hatte. Die Fälschung wurde später bei einer polizeilichen Kontrolle in Innsbruck erkannt. Bald darauf gelang die Verhaftung des Münchener Hitler-Faschisten, der inzwischen wegen Beihilfe zur Paßfälschung abgeurteilt wurde. Trotz dieses Tatbestandes leugnete Hauschke. Es half ihm aber nichts. Das Gericht verurteilte ihn. Die Strafe gilt jedoch durch die lange Untersuchungshaft als verbüßt. Hauschke bleibt aber weiter im Innsbrucker Untersuchungsgefängnis, bis über seine Auslieferung nach Deutschland entschieden ist.

Zeitungsverbote.

Wegen des bekannten Telegramms „an die meuternden Matrosen der englischen Flotte" sind außer der Berliner „Roten Fahne" noch folgende kommunistische Blätter verboten worden: „Klassenkampf" in Halle, „Arbeiterzeitung" in Frankfurt a. M., „Schlesische Arbeiterzeitung" in Breslau, „Volkswacht für Pommern", „Die Tribüne" in Magdeburg, das „Echo des Ostens" in Königsberg und das „Ruhr-Echo" mit seinen Nebenausgaben.

Berlins Wohnungsbaugelder

Unberechtigte Vorwürfe – Korrekte Verwaltung der Hauszinssteuermittel

Am Montagabend hatten im Preußischen Landtag die Verhandlungen in dem zur Untersuchung der angeblichen Verwirtschaftung öffentlicher Wohnungsbaumittel eingesetzten Ausschuß begonnen. Die gestrige Besprechung war interner Natur. Trotzdem haben deutschnationale Blätter ausführliche Berichte über den Gang der Verhandlung gebracht. Diese Berichte zeugten von einer weitgehenden Einseitigkeit und nahmen, insbesondere indem sie sich auf die Wiedergabe der Ausführungen des Berichterstatters beschränkten, das von kommunalfeindlicher Seite gewünschte Ergebnis vorweg.

Den Anlaß zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses bildeten im Frühjahr des Jahres bestimmte im Landtag zur Sprache gebrachte Mißverhältnisse bei einigen provinziellen Fürsorgegesellschaften. Auf Antrag sollten auch die Verhältnisse bei der nicht staatlichen, sondern rein städtischen Berliner Wohnungsfürsorgegesellschaft in den Kreis der Ermittlungen miteinbezogen werden.

In der Sache handelte es sich zunächst darum, daß die Preußische Oberrechnungskammer in einem Bericht, der erst zu Beginn des Frühjahres zur Ausgabe gelangte, bezüglich der Verwendung der Wohnungsbaumittel aus dem Hauszinssteueraufkommen der Stadt Berlin gewisse Beanstandungen geltend gemacht hatte. Zunächst war festgestellt worden, daß zum Schluß des Rechnungsjahres 1928/29 die Bilanz der Wohnungsfürsorgegesellschaft zum 31. März 1929 noch in dem Bericht der Oberrechnungskammer so bezeichnete „unverbrauchte Bestände" an Wohnungsbaumitteln aufwies. Diese Bestände beliefen sich auf den Betrag von rund 88,6 Millionen Mark.

Bei der heutigen Vernehmung konnte die Geschäftsführung zunächst aufklären, daß es sich bezüglich des Betrages keinesfalls etwa um Hauszinssteuerbeträge gehandelt hat, über die zum Schluß des Rechnungsjahres 1928/29 noch nicht durch Hypothekenzusagen an die Bauherren verfügt war. Vielmehr war der genannte Betrag selbstverständlich bereits im Laufe des in Frage stehenden Geschäftsjahres durch Zusage an die Bauherren voll belegt. Daß der benannte wesentliche Betrag im März 1929 noch nicht abgerufen war, lag also lediglich an den schwierigen Verhältnissen des damaligen Baujahres.

Keine Aushilfe für die Stadtkasse!

Die Aufspeicherung der Mittel fand auch, wie es einige Mitglieder des Ausschusses annehmen zu müssen glaubten, in keinem Zusammenhang mit irgendwelchen Kassenschwierigkeiten der Stadt, aus welcher heraus die Stadt zu ihrer eigenen Erleichterung etwa Mittel für kürzere oder längere Zeit absichtlich dem Wohnungsbau vorenthalten hätte. Auf Befragen wurde von den Zeugen ausdrücklich festgestellt, daß die Mittel — abgesehen von ganz vorübergehenden Schwierigkeiten — in den späteren Jahren erst von Ende 1929 ab jederzeit für die Anforderungen des Wohnungsbaues in vollem Umfange verfügbar waren.

In keiner Weise hat die Wohnungsfürsorgegesellschaft angesammelte Wohnungsbaumittel der Stadt kreditmäßig zur Verfügung gestellt.

Wenn im Laufe der Jahre einmal ein Betrag von 20 Millionen Mark, der infolge der Ansammlung der Hauszinssteuermittel nicht dem Wohnungsbau sofort zugeführt werden konnte, von der Gesellschaft bei der Stadt nicht als tägliches Geld, sondern für eine bestimmte Zeit als Festgeld angelegt worden war, so handelte es sich allein um eine rein kaufmännische Maßnahme.

Von Ausschußmitgliedern wurde abschließend festgestellt, daß der Betrag von rund 712 Millionen Mark, der bis zum 31. März 1931 aus dem Hauszinssteueraufkommen für den Wohnungsbau insgesamt zur Verfügung stand, in diesem vollen Betrage auch seinem Verwendungszweck zugeführt worden ist. Hierbei interessiert, **daß das gesamte Hauszinssteueraufkommen in Berlin seit 1924 einen Betrag von 2,035 Milliarden Mark erreicht hat,** wovon auf Grund des Finanzausgleichs der eben genannte Betrag für den Wohnungsbau Berlins verfügbar gewesen ist.

Es entfallen demnach alle Vermutungen, daß die Stadt Berlin im Laufe der Jahre Wohnungsbaumittel auch nur vorübergehend ihrem Zweck entfremdet, und für eigene Verwaltungszwecke verwendet hat. Vielmehr wurde festgestellt,

daß die Stadt über die Wohnungsbaumittel aus der Hauszinssteuer hinaus aus eigenen Mitteln den sehr bedeutenden Betrag von 144,7 Millionen Mark in Form von Zusatzhypotheken zur Verbilligung von Mieten für die minderbemittelte Bevölkerung flüssig gemacht hat.

Als zweiten Punkt behandelte der Ausschuß die Angelegenheit der Spandauer Baugesellschaft, eines privaten Unternehmens, das infolge verschiedener Mißerfolge zum Zusammenbruch gelangte. Die Verhandlung konnte nicht zu Ende geführt werden, da die Zeugen seit Wochen sich nicht in dem erforderlichen Maße orientieren konnten, da die Projektakten seit mehreren Wochen von dem Untersuchungsausschuß eingefordert waren. Den Zeugen wurden die Akten nunmehr zur Verfügung gestellt. Die Vernehmung wird in einer neuen Sitzung am Mittwoch fortgesetzt.

Einschaltung des Stadtparlamentes.

In der gestrigen Sitzung des Haushaltsausschusses der Stadtverordnetenversammlung, über die wir bereits im Abendblatt berichteten, wurde noch mit Unterstützung sämtlicher verantwortungsbewußter Fraktionen folgender sozialdemokratischer Antrag angenommen: Der Oberbürgermeister wird ersucht, 1. als Ergänzung zu dem Bericht über Sparmaßnahmen eine Uebersicht zu geben, die die bereits getroffenen sowie die in Aussicht genommenen Maßnahmen auch in finanzieller Beziehung im einzelnen enthält; 2. die auf Grund der Preußischen Notverordnung beabsichtigten Maßnahmen zuvor den ständigen Fachdeputationen zur Stellungnahme zu unterbreiten.

Gemeindewahl in Prag.

Hetze gegen die deutschen Sozialdemokraten.

In Prag haben die Deutschbürgerlichen zur Gemeindewahl eine gemeinsame Liste mit einem — Hakenkreuzler an der Spitze aufgestellt. Dadurch wird die Zumutung an die deutschen Sozialdemokraten Prags, für diese Liste zu stimmen, noch besonders komisch. Das wäre sie aber auch sonst, denn die sudetendeutschen Sozialdemokraten haben nie daran gedacht, mit bürgerlichen Parteien zusammenzugehen. Daran hat die Teilnahme unserer Bruderpartei an der Staatsregierung durch den Parteivorsitzenden Dr. Ludwig Czech als Minister für soziale Fürsorge nicht das geringste geändert.

Seit Jahren hat sich das Verhältnis der deutschen und der tschechischen Sozialdemokratie zueinander erheblich gebessert, gegen agrarische Ueberforderungen, industrielle Profitgier, kapitalistische Reaktion und besonders gegen nationalen Chauvinismus sind sie vollständig einig. Es ist für Sozialdemokraten selbstverständlich, daß diese Gemeinschaft vorangeht. Darum führen die deutschen und die tschechischen Sozialdemokraten Prags den Wahlkampf gemeinsam und das auch nach Deutschland hinausgedrahtete altgewohnte Geschrei vom „nationalen Verrat" wird sie nicht beirren. Die Nation, das ist für Sozialdemokraten das werktätige eigene Volk und dieses hat die gleichen Interessen wie die Werktätigen anderer Zunge, zumal im gleichen Staate.

Totschläger festgenommen.

Das Verbrechen in der Adalbertstraße aufgeklärt.

Der Mordkommission des Berliner Polizeipräsidiums ist es gestern gelungen, den Tod des unbekannten Mannes, der in der Nacht vom Sonnabend zum Sonntag, wie berichtet, in der Adalbertstraße bewußtlos aufgefunden wurde und bald nach seiner Aufnahme im Bethanien-Krankenhaus starb, restlos aufzuklären.

Kriminalkommissar Lobbes, der die Ermittlungen leitete, kam bei seinen Nachforschungen zunächst nur langsam vorwärts, da der Tote nicht identifiziert werden konnte. Erst gestern meldete sich ein Ehepaar aus der Prinzenstraße, das seit Sonnabend den Sohn vermißte. Die Leute erkannten dann im Schauhaus in dem als „unbekannt" Eingelieferten ihr Kind, den 23 Jahre alten Kurt Müller, der bei einem Berliner Verlag als Zeitungsfahrer tätig war, wieder. Im weiteren Verlauf der polizeilichen Ermittelungen wurde festgestellt, daß Müller in der fraglichen Nacht mit mehreren Männern aus noch unbekannter Ursache in Streit geraten war, der in eine Schlägerei ausartete. Im Verlaufe des Handgemenges wurde der junge Zeitungsfahrer von dem 27jährigen Walter Sch. in brutalster Weise niedergeschlagen. Als Müller trotz seiner lebensgefährlichen Kopfverletzungen noch um Hilfe rief, flüchtete der Täter und sein Anhang. Sch. wird heute dem Richter vorgeführt werden.

Das Unglück von Norderney.

14 Tote. – Vier Schiffbrüchige gerettet.

Borkum, 22. September.

Wie jetzt mit Sicherheit festzustehen scheint, hat das Segelbootunglück 14 Opfer gefordert. Vier Personen sind gerettet worden. Das Borkumer Rettungsboot und das Marinestationsboot, die sich an den Rettungsarbeiten beteiligten, sind mit den Geretteten nach Borkum zurückgekehrt. An der Suche nach den Vermißten beteiligte sich auch ein Flugzeug aus Norderney. Die Hoffnung, daß von den vermißten 14 Personen noch jemand gerettet wird, ist aufgegeben worden.

Selbstmord im Nordhafen.

Von der Fennbrücke stürzte sich gestern der 33 Jahre alte Portier Anton Reiland aus der Birkenstraße 44a in den Nordhafen. Offenbar handelt es sich um eine Verzweiflungstat. Erst vor sechs Wochen hatte er geheiratet. Die Ehe war aber von Beginn an unglücklich und vor wenigen Tagen hatte seine Frau die Scheidungsklage eingereicht. Als Reiland gestern auch noch in einer Strafsache wegen schwerer Beamtenbeleidigung vom Gericht zu einem Monat Gefängnis verurteilt wurde, verlor er jeden Halt. Er begab sich direkt vom Gerichtsgebäude zum Nordhafen, wo er sich zum Entsetzen zahlreicher Passanten über das Brückengeländer schwang und den Tod im Wasser fand. Die Leiche wurde noch nicht gefunden.

Sprechchor für Proletarische Feierstunden. Die Uebungsstunde findet in dieser Woche am **Freitag,** abends 7½ Uhr, im Gesangssaal der Sophienschule, Weinmeisterstr. 16—17, statt.

WENN DER KURS FÄLLT

ROMAN VON Felix Scherret

87]

Dr. Aronius verabschiedet sich geräuschvoll. Er will sich wegen der Heiserkeit gleich zu Bett legen. Auch Frau Beate Bobbe trifft Anstalten zur Heimreise. Fränze ist sehr nett zu ihr und bittet sie, den Besuch recht bald zu wiederholen. Harry setzt sich ans Klavier und spielt gedämpft aus Mendelssohns „Hebriden". Die Noten liegen aufgeschlagen da. Idiotische Menschen, denkt er und sucht die beiden Worte in die Melodie zu verweben.

„Die Borniertheit dieses Geschöpfes ist skandalös", erbost sich sofort Frau Regierungsrat Telles. „Sie kann einen ja durch ihr dummes Geschwätz in die peinlichste Verlegenheit bringen."

„Ja, liebe Frau Fanny", Fränze lehnt sich behaglich in den Sessel zurück, „nun sind wir, ohne es zu wollen, über das Bobbesche Eheleben unterrichtet. Mir tut das arme Frauerl leid!"

„Nein, Fränze, das heißt wirklich die Menschenliebe zu weit treiben. Der Mann kann einem leid tun! Wer weiß, welche Ansprüche die Bobbe auch in dieser Beziehung an ihn stellt. Ihre Verschwendungssucht ist doch bekannt genug." Frau Regierungsrat Telles kann sich fürchterlich ärgern, wenn andere Leute das Geld mit vollen Händen ausgeben, und die ständige Sorge um Gerts Zukunft läßt sie die Menschen nicht liebevoller betrachten.

Fränze sinnt nach. Der Fall ist doch beinahe tragisch. Jetzt gibt die nichtsahnende Frau Bobbe natürlich keine Ruhe, bevor sie nicht weiß, was los ist, und ihre gute Freundin Fanny Telles wird tun, was sie kann, um die Sache herumzuerzählen. Und da der Schauplatz der Begebenheit diese Großstadt im Osten mit den spießerhaften Allüren ihrer Einwohner ist, werden Essig-Bobbe und Frau Beate in nächster Zeit viel spitze Bosheiten einstecken müssen.

„Uebrigens, mein liebes Kind", die fünfzehn Jahre ältere Frau Telles spielt Fränze gegenüber gern die Rolle einer mütterlichen Freundin. „Ich möchte mal mit Ihnen über ein etwas ... delikates Thema sprechen." Sie sieht sich nach Harry um, der aber mit verbissenem Gesicht Mendelssohn bearbeitet und die Gegenwart der Damen völlig vergessen zu haben scheint. „Ich weiß nicht, wie ich beginnen soll!"

„Bitte, um was handelt es sich denn ...?" Fränze ängstigt sich immer, wenn jemand solche geheimnisvollen Einleitungen macht.

„Fränze", Frau Fanny Telles nimmt Fränzes schmale, gelbliche Hand in ihre großen weißen Hände, „ich weiß, ein Mann braucht so was ab und zu, Männer sind eben animalische Wesen, aber daß er es vor aller Oeffentlichkeit treibt, das müssen Sie zu verhindern suchen."

„Ich verstehe gar nicht, von wem sie reden ...?" Fränze lügt. Sie weiß sofort, daß James gemeint ist.

„Von Ihrem Gatten, Fränze!" Es klingt beschwörend. Frau Regierungsrat Telles ist von dem schönen Drang beseelt, Klarheit in die Familienangelegenheiten zu bringen.

Fränze sitzt ganz still da.

„Ach so ..." sagt sie leichthin. „Ich weiß es ja. Ich kenne sogar das Mädchen. Ein hübsches, frisches Ding!"

Frau Regierungsrat Telles ist beleidigt. „Sie nehmen die Sache zu leicht, meine Liebe! Die Person soll großen Einfluß auf ihn haben ... Ich bin nicht prüde und kann es verstehen, wenn mein Mann mal ein kleines Abenteuer mitnimmt, aber wenn sich eine Liebschaft zu einem jahrelangen Verhältnis auswächst, dann ist es gefährlich."

Fränze hört die Worte, ohne ihren Sinn zu begreifen. Mein Gott, James gehört doch ihr. Oder nicht? Es ist wahr, was hat sie James zu bieten. Doch darauf allein kommt es nicht an. Eheleute sind durch andere Bande verbunden als durch Harmonie im Bett. Ein geistiger Kontakt ist da, muß da sein ... müßte da sein. Fränze möchte weinen. Es ist auf einmal, als ob alles zerbrochen ist.

„... Und darum, Kind, hören Sie auf meinen Rat, ich meine es gut mit Ihnen. Dulden Sie diese Rücksichtslosigkeit nicht länger! Sorgen Sie dafür, daß die ganze Sache ein Ende nimmt."

Schon möglich, daß die ganze Sache ein Ende nimmt. Harry hat den letzten Satz gehört. Er gibt seine Bemühungen um Mendelssohn auf. Diese Musik ist ihm heute zu süß, zu formalistisch. Kurz verabschiedet er sich von den Damen. Er bemerkt noch, daß Fränze erschreckend bleich aussieht. Kunststück, wenn sie sich diese geistige Diarrhoe anhört. Wer zwingt sie dazu? Sie ist eine Gans wie die anderen, stellt Harry fest, während er die Treppe heruntersteigt.

In einem Blumengeschäft, dicht bei Silvesters Haus, kauft er Tulpen. Vielleicht heitert ihn Nora Marx auf. Sie ist keine Zierde menschlichen Geistes, aber sie ist trotz ihres Schnäuzchens frisch und unbelastet, sie redet wenigstens keinen blühenden Unsinn über Literatur und Musik.

Harry ruft ein Auto. Er hat keine Lust, bis zur Villenkolonie vor dem Königstor hinauszutippeln, und gerade jetzt kommen die Leute von der Hindenburgwiese, wo sie anläßlich des Maibeginns demonstriert haben. Er sieht Arbeiter und Angestellte mit roten Blumen im Knopfloch. Sie demonstrieren für ein besseres Leben, denkt er, und hoffen, daß ihre Kinder es einmal erreichen werden. Man schwingt schöne Reden und der Lohnabbau marschiert, und die Arbeitslosigkeit steigt. Zu viel Getreide ist da, und das Brot wird teurer. Die Formel stimmt, und das Gas explodiert. Und keiner kann etwas ändern, oder will etwas ändern. Eine Schweinerei! Eine wilde Wut packt ihn. Hier sind Leute, die sich durchs Leben schinden, die morgen vielleicht schon auf den Arbeitsnachweisen schnorren müssen, und da oben bei Fränze quatschen dumme Puten über Dinge, die keinem Menschen noch etwas angehen. Sie quatschen, weil sie umfriedet leben dürfen, weil ihnen die Sorgen um die elementaren Dinge fehlen. Ueberflüssige Existenzen! Er hat einen bitteren Geschmack im Mund.

Millionen hungern, und James wirft eine halbe Million für eine Spekulation zum Fenster hinaus. Und macht er es allein so? Das Geld ist verloren, ist bestimmt verloren. Dieser Wahnsinn! Aus Uebermut müssen sie va banque spielen, diese Herren, denen der liebe Gott vergessen hat den nötigen Verstand mit auf den Lebensweg zu geben. Kleine Kinder beschäftigen sich mit Kreiselchen auf der Börde, und die Firma platzt auf. Gibt es keine Rettung? Die Firma darf nicht platzen. Sie ist über hundert Jahre alt, besitzt Tradition und Ansehen. Und wegen einer Dummheit soll alles zu Ende sein? Harry tastet sich in die Höhe. Irgendeiner muß helfen, muß Geld beschaffen. James ist nicht der Mann dazu, es aufzutreiben, weil er zuviel Hemmungen besitzt, weil er nicht jonglieren kann. Er, Dr. Harry Silvester, wird in Aktion treten. Auf ihn kommt es jetzt an! Er muß die Führung an sich reißen, er muß Initiative zeigen, er muß die Firma retten. Harry richtet sich auf und stößt mit dem Kopf an die niedrige Decke des Wagens.

Der Schmerz bringt ihn zur Besinnung. Er hält die selbst gewählte Einsamkeit nicht aus, er will auf die Straße, unter Menschen. Mit der Faust schlägt er an die Scheibe des Führersitzes und bedeutet dem erschreckten Chauffeur, sofort zu halten.

(Fortsetzung folgt.)

Flugblattverbreitung!

Am Freitag, dem 25. und Sonnabend, dem 26. Sept. von den bekannten Lokalen aus

„Der Weg zum Film."

Ruhm, Reichtum und Macht durch eisernen Willen.

„Wollen Sie reich, angesehen und berühmt werden, so gehen Sie zum Film. Es gibt kaum eine zweite Industrie und einen zweiten Beruf, der derart ungeahnte Entwicklungsmöglichkeiten bietet, wie die Filmlaufbahn." So hieß es im Prospekt des S. Fischer-Instituts; es wurde darin ein Büchlein angepriesen „Der Weg zum Film".

„Wissen Sie denn eigentlich, was unsere großen Filmstars früher waren?" las man weiter im Rundschreiben. „Wissen Sie, daß Charlie Chaplin Friseur, Harry Piel Maschinenschlosser, Tom Mix Pferdeknecht, Willy Fritsch Mechaniker, Erna Morena Krankenschwester war? Asta Nielsen ist die Tochter einer einfachen Kopenhagener Waschfrau. Emil Jannings war Schiffsjunge. Heute verdient er in einem Jahr eine Million. Alle hatten nichts weiter als den eisernen Willen zum Weg zum Film . . . Und nicht nur im Filmberuf, nein, bei allen großen Männern und Frauen der Welt ist es so gewesen. Glauben Sie, daß Deutschlands hochverehrter verstorbener Reichspräsident Ebert es sich in seiner Wiege träumen ließ, daß er einst seinen Sattlerberuf aufgeben würde, um einer der angesehensten . . . Führer seines Volkes zu werden? Mussolini . . ., Graf Zeppelin . . ., Lindbergh . . . konnten nur zu Ruhm, Reichtum und Macht gelangen durch den eisernen Willen . . ."

So ging es in dem Prospekt spaltenlang weiter. Das 60 Seiten starke Büchlein „Weg zum Film" wurde in einer Weise angepriesen, daß alle Filmsüchtigen selbstverständlich darauf reinfallen mußten. Der Preis betrug 8,85 M., die Druckkosten der Broschüre 25 Pf. Im Laufe von zwei Jahren wurden etwa 4000 Exemplare verkauft. 32 000 M. Reinverdienst hatte die Herstellerin und jetzige Angeklagte Clara R. daran. Dem Büchlein lag auch eine Liste von bekannten Kinoregisseuren bei, an die sich die Bücherkäufer um Rat wenden sollten. Einem der Kinoregisseure wurden aber die Anfragen zu lästig, er erstattete Anzeige und so verantwortete sich die Inhaberin dieses Instituts, Frau R., wegen unlauteren Wettbewerbs. Sie erklärte dem Gericht, ihre Absicht sei einzig und allein gewesen, vor dem Filmberuf zu warnen. Fingerzeige, wie den Suchenden der Weg zum Film erleichtert würde, gebe es nicht. Das Gericht machte die Angeklagte darauf aufmerksam, daß sie unter Umständen auch wegen Betruges bestraft werden könnte. Da aber zur Anklage nur ein von der Angeklagten in einer Zeitung aufgegebenes Inserat stand, das an und für sich keine Anpreisung enthielt, kam das Gericht zu einem Freispruch. Die Rundschreiben und die Broschüre werden nun von der Staatsanwaltschaft zum Gegenstand eines besonderen Verfahrens gemacht werden. Die Gefahr derartiger Anpreisungen liegt ja außerhalb allen Zweifels.

Jugendherberge Altruppin.

Einweihung durch Berlins Oberbürgermeister.

In Verbindung mit dem Gauherbergstage des Gaues Mark Brandenburg für deutsche Jugendherbergen, der in Altruppin abgehalten wurde, ist eine neue Jugendherberge ihrer Bestimmung übergeben worden. Die Weiherede hielt Oberbürgermeister Dr. Sahm, da hauptsächlich der Groß-Berliner Wanderjugend die Herberge zugutekommen soll.

Die Rede war ein starkes Bekenntnis zum Jugendherbergswerk, das Dr. Sahm mit allen Mitteln zu fördern versprach. Die Herberge ist benannt nach Theodor Fontane, der aus der Grafschaft Ruppin stammt und ihr besondere Liebe bewies. Die Verhandlungen des Gauherbergstages und die Abwicklung der Einweihung legten Zeugnis ab von dem einmütigen Willen, dem Werke des Verbandes allen Nöten zum Trotz treu zu bleiben, da die Jugend heute mehr denn je auf dieses große soziale Werk angewiesen sei. Der feierlichen Eröffnung wohnten neben den Vertretern der Ostgruppen des Verbandes aus der ganzen Provinz viele bekannte Führer des Jugendwanderns und der Wanderbewegung überhaupt bei; Berlins Magistrat war durch Stadtrat Wutzky vertreten.

Zwei weitere neue Eigenheime sollen noch Ende dieses Jahres, und zwar eins im Schlaubetal, das andere in Peitz am Spreewald, fertiggestellt werden.

Credé gegen „Lokal-Anzeiger".

Grundsätzlicher Kampf für den § 218.

Dem Kritiker des „Lokal-Anzeiger" Herrn Sternaux hatte die Aufführung des Credéschen Stückes „§ 218" außerordentlich mißfallen. Seinem Unlustgefühl machte er in Ausdrücken Luft, die weniger eine Kritik des Stückes als eine Verunglimpfung des Verfassers darstellte. So schrieb er am 4. April v. J. in seiner Theaterkritik: „Diesen Herrn Credé, angeblich Dr. med., vorbestraft wegen § 218, hat die Muse nicht geküßt." Und weiter sprach er von „infantiler Hintertreppenphantasie und skrupelloser Perfidie".

Dr. Credé fühlte sich durch diese Art Kritik beleidigt und strengte eine Privatbeleidigungsklage an. In der Verhandlung vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte ließ sich Dr. Credé durch Rechtsanwalt Dr. Klee vertreten. Sternaux war zur Stelle und wurde von Rechtsanwalt Dr. Gollnick verteidigt. Amtsgerichtsrat Dr. Büchert regte einen Vergleich an. Anfangs sah es so aus, als würde er damit nicht viel Glück haben. Herr Sternaux war der Ansicht, Dr. Credé überhaupt nicht beleidigt zu haben. Das Stück habe ihn in höchster Weise empört. Rechtsanwalt Dr. Klee war dagegen der Ansicht, daß in Worten wie „der angebliche Dr. med." und in der Betonung „vorbestraft" eine beleidigende Absicht zu erblicken sei und der Ausdruck „skrupellose Perfidie" das übliche Maß des in einer Theaterkritik Zulässigen überschritten habe. Dr. Credé sei jedoch bereit, auf einen Vergleich einzugehen, sofern die ehrenkränkenden Aeußerungen mit Bedauern zurückgenommen würden. Nach langem hin und her gab Sternaux folgende Erklärung ab: „Es hat mir völlig fern gelegen, in meiner Besprechung des Stückes des Privatklägers „§ 218" im „Berliner Lokal-Anzeiger" den Privatkläger persönlich herabzusetzen. Ich bin mir nicht bewußt gewesen, daß die von mir gebrauchten Ausdrücke über das Maß des Zulässigen hinaus gingen. Sollte es gleichwohl der Fall sein, so bedauere ich es." Dieser Vergleich ist bis auf Widerruf geschlossen worden. Dr. Credé muß seine Einwilligung dazu geben.

Menschen der Zirkuskuppel.

Ein junger Artist erzählt / Wenn die „große Nummer" des Abends steigt.

In Tempelhof, unmittelbar am Flughafen Tempelhof, sind tausende fleißiger Arbeiter dabei, die riesige Zeltstadt des Zirkus Krone aufzubauen. Diese „Aufbauarbeit" bietet viele interessante Einzelheiten, und so schaut das Volk von Berlin aufmerksam der Arbeit zu. Auf dem Platz, auf dem noch Wohn- und Tierwagen wild durcheinanderstehen und erst wenige Masten des großen Zuschauerzeltes aufgerichtet sind, ertönen die Sprachen der ganzen Welt.

Während die Arbeiter hier in diesen Tagen kaum verschnaufen können, haben die Artisten langersehnte Freizeit. Erst am Donnerstag, dem Tag der Premiere, beginnt ihre schwere Arbeit wieder. Liegt auch heute noch die Hauptbedeutung des großen Zirkus' in seinem Tiermaterial und in den Tierdressuren, so haben doch die Zirkuskönige in ihrem schweren Existenzkampf gegen Radio und Tonfilm auch die bedeutendsten Artisten der Welt an sich gezogen. Der Zirkus Krone darf sich rühmen, den Berlinern einige der besten Luftnummern der Welt zeigen zu können. Einen besonders schwierigen, Todesmut erfordernden Luftakt vollführen zwei junge deutsche Artisten, die als die beiden Reiner auftreten.

Das bewundernswerte Kunststück besteht darin, daß der eine der Artisten sich in der Zirkuskuppel am Trapez so aufhängt, daß seine Beine das Trapez umklammern, während er, mit Hilfe eines Mundknebels seinen Kameraden mit den Zähnen festhält. Durch immer stärker werdende rotierende Kopfbewegungen bringt der Obere den Körper seines Kameraden allmählich so in Schwung, daß dieser sich minutenlang als ein lebender, rasender Propeller hoch oben in der Kuppel des Zirkus um sich selbst dreht. Jedesmal folgt das Publikum mit angehaltenem Atem dem tollkühnen Artistenkunststück, und manch einer atmet erleichtert auf, wenn er die beiden wieder wohl und munter lächelnd in der Manege stehen sieht.

Was sind das für Menschen, die Abend für Abend ihr Leben aufs Spiel setzen? Arbeiten sie mit Freude oder nur aus dem Zwang heraus, sich so ihren Lebensunterhalt zu verdienen? Lassen wir den älteren der beiden Reiner — einen 25jährigen — selbst erzählen:

Ein 15jähriger, reißt er von Zuhause aus — seine Eltern wohnen in einem österreichischen Städtchen —, um einem gerade in der Nähe gastierenden Wanderzirkus zuzulaufen. Er wird von seinem Vater zurückgeholt. Nach einiger Zeit erfolgt ein neuer, diesmal erfolgreicherer Ausbruch aus dem Elternhaus. Nach einem schweren Jahr bei einem kleinen Zirkusdirektor, einem Prügelhelden, gelingt es dem jungen Menschen, ein Engagement bei dem Zirkus Renz in Wien zu erhalten. Hier arbeitet er mit anderen Artisten in verschiedenen Nummern zusammen, immer mit dem ewigen Wunsch eines jeden Artisten im Herzen, die „große Nummer" zu werden. Er findet in einem Spielkameraden seiner Kinderjahre einen Partner, mit dem er die schwierige Luftnummer zu probieren beginnt. Ein halbes Jahr lang wird zäh und unermüdlich in einer alten Hütte gearbeitet, bis der Erfolg sich einstellt: Die große Attraktion ist gelungen! Der junge Akrobat wird von seinem alten Zirkus mit offenen Armen aufgenommen, bald darauf „entdeckt" und von dem Weltzirkus Krone engagiert, den er nun von Stadt zu Stadt durch die ganze Welt begleitet.

Die ewige Jagd nach der Sensation.

„Wir brauchen den Applaus", so sagt der junge Mensch. „Wenn wir oben hängen, vergessen wir die Welt rings umher. Die Musik höre ich nur von ferne und wie einen häßlichen Lärm. Alles klingt völlig verzerrt. Aber der Gedanke an die Möglichkeit eines Mißlingens unseres Tricks kommt mir niemals. Eher gehen wir manchmal wie im Traume völlig verschwommene Dinge durch den Kopf. Sehen Sie", so fährt er fort, „Akrobatik ist doch nichts anderes als Sport in höchster Potenz, oder vielleicht, wie manche Leute sagen, übertriebener Sport." — „Warum arbeiten Sie nicht mit einem Netz?" — „Nein, von einem Netz wollen wir nichts wissen. Erstens bietet ein Netz durchaus nicht die Sicherheit, die die meisten Zirkusbesucher mit der Anwendung des Netzes als geschaffen ansehen. Und außerdem würde unsere Nummer in ihrem Wert sofort verlieren." — „Arbeiten Sie schon wieder an einem neuen Trick?" — Nachdenklich antwortet der Gefragte: „Jeder Artist kennt nur einen Ehrgeiz: dauernd seine Leistungen zu verbessern. Auch wir arbeiten an einem neuen Luftakt, aber darüber möchte ich noch nichts weiter erzählen." —

So ist das Leben des Zirkuskünstlers die ewige Jagd nach neuen Sensationen, nach neuen, erfolgreichen Tricks und nach dem Beifall der Leute, die da unten sitzen, atemlos in die Zirkuskuppel starren, wenn die „große Nummer" des Abends steigt.

Arbeitsgemeinschaft sozialdem. Lehrer und Lehrerinnen

Bezirksgruppe Berlin.

Freitag, den 25. September, 20 Uhr, in den Kammersälen, Teltower Straße 1-4: Protestkundgebung gegen den Schulabbau. — Erscheinen ist Pflicht.

Offiziersmörder gefaßt.

Wichtiger Fang im Saargebiet.

Saarbrücken, 22. September.

Ende voriger Woche wurde in Bübingen ein gewisser Heinrich Blöser unter dem Verdacht festgenommen, an der Ermordung der beiden Berliner Polizeioffiziere beteiligt gewesen zu sein. Zwar ließ die erste Vernehmung des Verhafteten Zweifel an seiner Schuld aufkommen, die soweit gingen, daß die Polizeidirektion die Verhaftung eines Mittäters an den Vorgängen am Bülowplatz abstritt. Nunmehr steht jedoch die Beteiligung Blösers an den Bülowplatzkrawallen kaum noch außer Frage. Blöser hat sogar zugegeben, daß er Berlin am gleichen Tage gegen zehn Uhr verlassen hat. Im Saargebiet kam er auf Umwegen zehn Tage später an. Bei seiner Vernehmung am Dienstag stellte er wieder jede Beteiligung an den Berliner Vorkommnissen in Abrede. Da Zweifel an der Identität Blösers auftraten, wurde er daktyloskopiert und das Fingerabdruckphoto nach Berlin gesandt. Die Staatsanwaltschaft I Berlin hat jetzt bei dem Amtsgericht in Saarbrücken den Erlaß eines Haftbefehls gegen Blöser beantragt. Sie beabsichtigt, wenn diesem Antrag stattgegeben ist, die Auslieferung des Blöser aus dem Saargebiet zu beantragen.

Lerne mit Pferden fahren.

Fahrschule bedeutet heute eigentlich: Studium am motorisch betriebenen Führersitz; es sitzt aber bekanntlich nicht jeder Fahrer „am Volant", was schon daraus erhellt, daß ungefähr 75 Prozent des städtischen Transportverkehrs mit Pferdefuhrwerk betrieben wird. Genau aber wie der Führer am Steuer der lehrhaften fach- und verkehrstechnischen Instruktionen bedarf, so der Fahrer am Kutschbock; dafür werden gerade die Automobilisten vollstes Verständnis und Anerkennung haben. Wir können heute auf ausgebildetes Fahrpersonal für Pferdefuhrwerk nicht mehr zurückgreifen. Da der Straßenverkehr immer umfangreichere Dimensionen annimmt, ist eine Kutscherausbildung wichtiger denn je. Rationell wirtschaften ist die Devise unserer Tage, und so hat es sich herausgestellt, daß innerhalb gewisser Grenzen sich der Pferdebetrieb vorteilhafter gestaltet als der Motorenbetrieb; dabei gilt es naturgemäß vor allem das Objekt selbst, das Pferd, gut instand zu halten. Dazu gehört eine zweckmäßige Tierpflege, ein richtiges Anspannen in gutsitzendem Geschirr, Ausbalancieren der Zugleistung im Mehrspänner und noch viele andere wichtige Punkte. Ueber all diese grundlegenden Fragen sprach bei der Eröffnung der neugegründeten Reichsfachschule für Fahrausbildung und Pferdehaltung, Berlin-Ruhleben, Richard Wolff, der unter allerlei Schwierigkeiten diese Schule ins Leben gerufen hat. Vorbildliche Anlagen im Ruhlebener Revier, die durch das Entgegenkommen der Trabrenngesellschaft Ruhleben zur Verfügung gestellt werden konnten, gewährleisten eine erfolgreiche Durchführung des Lehrplanes. Im Anschluß an die Eröffnungsansprache des Fahrschulgründers gab der Vizepräsident des Reichsverbandes für Warmblut, der seine großen Kenntnisse in den Dienst der Sache stellte, einen Ueberblick über die geleistete und noch zu leistende Arbeit. Vielseitiges Interesse wird der Neugründung entgegengebracht; so hatten die Reichs- und Staatsministerien, der Reichs- und Landtag, der Magistrat Berlin Vertreter entsandt, ebenso waren die beteiligten Verbände zahlreich vertreten; die Brauereien hatten zu den Vorführungen eine Anzahl ihrer gutgemährten Pferde zur Verfügung gestellt.

Fröbelhaus-Ausstellung.

Der Beruf er Jugendleiterin soll viele praktische Fertigkeiten umfassen, um den Kindern die Zeit zu vertreiben. Die Ausbildung der Jugendleiterin baut sich auf die zweijährige Ausbildung der Kindergärtnerin und Hortnerin und einer mindestens dreijährigen praktischen Tätigkeit in verschiedenen sozialpädagogischen Arbeitsgebieten auf. Ueber das praktische Können, das in diesem Beruf gefordert wird, gibt die Ausstellung von Handfertigkeitsarbeiten im Fröbelhaus in der Karl-Schrader-Straße in Schöneberg eine vortreffliche Uebersicht. Man ist erstaunt über die Erfindungsgabe der Ausstellerinnen, die sich so mannigfach verschieden zeigt und gleichsam spielerisch das ernste pädagogische Ziel zu durchdringen versteht. Da sind Pappearbeiten zu sehen, die schöne Bucheinbände präsentieren, dann geschmackvolle Näharbeiten, die sowohl die eigene Garderobe wie Kinderkleidchen, Decken und andere Dinge umfassen. Kleine Vitrinen und Spielzeugschränke im farbigen Anstrich verraten, daß die jungen Frauen auch mit Hobel und Leimtopf umzugehen verstehen, alle diese Tischlerarbeiten sind von ihnen aus rohen Kistenbrettern verfertigt worden. Die Jugendleiterin muß vor allem das Geschick besitzen, aus Abfallresten und sei es auch nur aus Papier und Kleister etwas Sinnfälliges zu basteln, an dem das Kind seine Freude hat. So sind aus dem primitivsten Material Puppen und Puppenspiele gezaubert: ein umgekehrter Stuhl dient als Bühne, Kulisse und Vorhang werden aus farbiger Pappe geschnitten. Oder es entstehen aus aufgezogenen Holzperlen und Knöpfen reizende Schachfiguren oder phantastische Tiere. Es wird bei dieser Besichtigung auch dem Fernstehenden nicht schwer, den tieferen Sinn all dieser tausend kleinen Spielzeugdinge zu erfassen, die tiefe Verbundenheit des fraulichen Wesens mit dem Kind, das sich ihm anvertraut. Eine zweite Ausstellung, die in der nächsten Woche an der gleichen Stelle zu sehen ist, will die Arbeiten der Kindergärtnerinnen zeigen, die noch mehr die unmittelbare praktische Anleitung zur Anfertigung von Kinderspielzeug aufweisen soll.

Eine seltene Feier. In Klein-Köris wurde Wilhelm Bachmann, der Gründer des Arbeiter-Angler-Bundes Deutschlands e. V., aus Anlaß seines 80. Geburtstags durch eine kleine Feier geehrt. Ueber 500 Angler, Vertreter der einzelnen Anglervereine, des Bundesvorstandes, des Gauvorstandes, des Gesamtverbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe, der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlins waren vertreten. Wilhelm Bachmann ist einer von altem Schrot und Korn, der in den verschiedensten Funktionen seine Pflicht erfüllte. Glückwunschadressen gingen aus allen Teilen Deutschlands ein. Auch die österreichischen Arbeiterangler hatten des Tages gedacht. Ansprachen hielten Direktor Nürnberg im Namen der Allgemeinen Ortskrankenkasse und des Gesamtverbandes, Pfaffenschläger vom Arbeiter-Angler-Bund und viele Vereinsvertreter. Der Fackelzug der Arbeiterangler wird sicher noch lange Zeit in der Erinnerung der Köriser haften. Die Feier war eine gut gelungene und brachte erneut den Beweis, daß die Arbeiterschaft treue Dienste zu lohnen weiß.

Neue Sparkassen in Mahlsdorf und Biesdorf. Die Sparkasse der Stadt Berlin übergibt am Montag, dem 21. September 1931, die Sparkasse 156 in Berlin Biesdorf, Königstraße 18, und die Sparkasse 157, Berlin-Mahlsdorf, Hönower Straße 182, dem Verkehr.

Wetteraussichten für Berlin: Neue Eintrübung, später auch aufkommende Regenneigung, weiterhin kühl. — **Für Deutschland:** In Norddeutschland meist wolkig, später auch etwas Regen, im übrigen Reiche wolkig, zeitweise heiter; allgemein kühl.

1 Mark Hustensaft wirkt wie gurgeln es beugt Erkältungen vor! 50 Pfennig

Parteinachrichten für Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik sind stets an das Bezirkssekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3. 2. Hof, 2 Treppen rechts, zu richten

Beginn aller Veranstaltungen 19½ Uhr, sofern keine besondere Zeitangabe!

Heute, Mittwoch, 23. September.

11. Kreis. 18 Uhr Fraktionssitzung mit den Bürgerdeputierten, Neues Rathaus, Zimmer 144.

17. Kreis. 18 Uhr Fraktionssitzung mit den Bürgerdeputierten im Rathaus, Zimmer 36.

4. Abt. Zahlabend bei Brauldis, Stralauer Str. 10. Vortrag über die Volksbühne.

102. Abt. AfA-Hof. Lokal Falkenhagen, Neu-Tivoli, Neue Krugallee 35. Regierungsrat Dr. Hans Muhle: „Demokratie und Diktatur".

119. Abt. 19 Uhr Mitgliederversammlung in der Aula des Realgymnasiums, An der Parkaue. Arthur Crispien, M. d. R.: „Die politische und wirtschaftliche Lage".

127. Abt. Vorstandssitzung bei Schisbe, Berliner Straße.

134. Abt. 20 Uhr bei Sommer, Schönower Str. 20. Alfred Flatau: „Sozialismus oder Reaktion".

Morgen, Donnerstag, 24. September.

9. Kreis. 20 Uhr bei Kulka, Lauenburger Str. 20, Gruppe jüngerer Parteigenossen. Dr. Braunthal: „Politische und wirtschaftliche Tagesfragen".

58. Abt. 20 Uhr Funktionärsitzung bei Dehlam. Alle Mitglieder der Arbeiterwohlfahrt und Helfer müssen bestimmt erscheinen.

89., 90., 92. und 95. Abt. 25. und 27. Zahlgruppe des Deutschen Freidenkerverbandes: Mitgliederversammlung in der Karl-Marx-Schule, Kaiser-Friedrich-Straße. Paul Mehlhose: „Der internationale Freidenkerkongreß". Mitgliedsbuch oder Parteibuch legitimiert.

91. Abt. Versammlung der 53. Abgabestelle der Konsumgenossenschaft, Karlsgarten. Vortrag des Genossen Güttler über „Wirtschaftskrise und Konsumgenossenschaft". Warenbezugskarte gilt als Ausweis.

109. Abt. Die Genossinnen und Genossen, die nicht Teilnehmer des Kursus des Genossen Dr. Gurland sind, werden gebeten, sich an der öffentlichen Kundgebung der Abt. 108 und 108a im Stadttheater in Köpenick zu beteiligen. Der erwähnte Kursus beginnt pünktlich 20 Uhr im Jugendheim Friedrichstraße 86—87.

115. Abt. Abrechnung bei Hempel, Jung- Ecke Scharnweberstraße. Sämtliche Marken mitbringen.

117. Abt. 19 Uhr Sitzung der Bezirksvorsteher und Pfleger bei Brunn.

124. Abt. 15 Uhr im Sitzungssaal des Genossenschaftshauses, Melanchthonstraße, Nachmittagsveranstaltung für die arbeitslosen Genossen. Referent Gottlieb Reese: „Arbeitslosigkeit und Wirtschaftskrise".

Sonnabend, 26. September.

4. Kreis. Die irrtümlich für Sonntag, 27. September, angekündigte Filmveranstaltung in der Kulturabteilung des DMV. findet schon am Sonnabend, 26. September, statt.

Frauenveranstaltung.

25. Abt. Donnerstag, 24. September, 20 Uhr, Danziger Str. 23 (Aula). „Mexikanische Revolutions- und Urwald-Musik" von C. Traven.

Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt.

Fürsorger(innen) und Kreisleiter(innen) der Arbeiterwohlfahrt! Treffpunkt zur gemeinsamen Abfahrt zum Wochenendkursus nach Ueberlee am Sonnabend, 26. September, 4¾ Uhr Schlegel- Ecke Eichendorffstraße, am Stettiner Bahnhof. Erkennungszeichen: Roter Wimpel. Wir fahren mit dem Lobeuto direkt nach Ueberlee und bitten um pünktliches Erscheinen.

Arbeitsgemeinschaft der Kinderfreunde Groß-Berlin.

Kreis Neukölln. Singestunde heute, Mittwoch, ab 17 Uhr, in der Schule Donaustr. 128. Anschließend ist Turnen. Turnzeug mitbringen. Am Donnerstag beteiligen sich alle Helfer an der Groß-Berliner Helfersitzung, Bezirksamt Kreuzberg, 20 Uhr. — Kollversammlung für alle J.-F.- und R.-F.-Gruppen mit ihren Helfern am Freitag, 25. September, um 17½ Uhr, im Heim Ziethenstraße 50, III. Alle erscheinen in Tracht. — **Gruppe Falke:** Heute, Mittwoch, ist Elternversammlung in der Schule Herzbergplatz, um 20 Uhr.

Kreis Weißensee. Unsere Helfersitzung fällt Donnerstag aus. Alle Helfer müssen an der zentralen Helfersitzung in der Parkstraße teilnehmen. — **Hohenschönhausen:** Donnerstag ist Basteln nachmittag von 17—19 Uhr. Geld bitte pünktlich.

Kreis Mitte. Achtung, Falken! Unser Badeabend für Mittwoch bleibt bestehen. Wir treffen uns 17¼ Uhr vor dem Eingang. — **Gruppe Matteotti:** Turnen jetzt Donnerstag, 17½—19½ Uhr. Freitag, 25. September, Basteln für die Ausstellung.

Kreis Schöneberg. Heute um 19½ Uhr Helfersitzung im Jugendheim der Kolonie Sonnenschein im Südgelände. Bitte pünktlich.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

97. Abt. Am 19. September verstarb nach langem schweren Leiden die Frau unserer Funktionärin August Kuppe, Emser Str. 60. Einäscherung am Donnerstag, 24. September, 15 Uhr, im Krematorium Hohenschönhausen. Rege Beteiligung erwartet die Abteilungsleitung.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Berlin

Einsendungen für diese Rubrik nur an das Jugendsekretariat Berlin SW 68, Lindenstraße 3

„Kampf um Kitsch": Sonderveranstaltung der Volksbühne für die arbeitende Jugend Sonntag, 11. Oktober, 15 Uhr, in der Volksbühne. Karten zu 60 Pf. sind im Jugendsekretariat erhältlich.

Heute, Mittwoch, 19½ Uhr.

Gesundbrunnen II: Christianiastr. 38: „Im Westen nichts Neues". — **Gesundbrunnen, N. F.:** Gotenburger Str. 2: „Wir lachen". — **Arminplatz:** Alle Parteigenossen beteiligen sich an der Parteiversammlung, Alois Schönlieher Straße. — **Schönhauser Vorstadt:** Probe zur Werbefeier, Sonnenburger Str. 20, Zimmer 1. Erscheinen aller Genossen ist Pflicht. — **Frankfurter Viertel:** Parteiversammlung. — **Köpenicker Viertel:** Besuch der 47. Parteiabteilung, Gewerkschaftshaus, Saal 1. — **Schöneberg** V: Hauptstr. 15: Funktionärsitzung. — **Lichtenrade:** Moonstraße: „Altwelier". — **Tempelhof:** Götzstraße: „Internationale Gewerkschaften". — **SSG. Neukölln, Reiter:** 20 Uhr Bergstr. 29: „Die englische Arbeiterbewegung". — **Falkenberg:** Heim der Gartenstadt (früher Gutshof): „Religiöse Sozialisten". — **Friedrichshagen:** Friedrichstr. 87: „Sturmvogel"-Abend. — **Rauisdorf:** Adolfstr. 25: „Literatur". — **Lichtenberg-Mitte:** Scharnweberstr. 29: Politischer Informationsabend. — **Friedrichsfelde, Lichtenberg-Nord, -Nordwest und -Ost:** Beteiligung an der Mitgliederversammlung der 119. Parteiabteilung, Schulaula Parkaue. Fahnen mitbringen. Korb: Treffpunkt 19½ Uhr „Roter Ecke". — **Pankow, N. F.:** Kissingenstr. 48: „Sexuelle Fragen".

Werbebezirk Tiergarten: Wir beteiligen uns geschlossen an der Parteiversammlung in den Arminushallen, Bremer Str. 72, 19 Uhr. „Polizei und Wirtschaft."

Werbebezirk Wedding: Sprechchorprobe 20 Uhr, Seestr. 84.

Werbebezirk Kreuzberg: Frankfurt-Fahrer 18 Uhr Britzer Str. 30. Interessierte Genossen sind eingeladen.

Werbebezirk Neukölln: Zusammenkunft der Abteilungsleiter in der Ganghoferstraße. Sprechstunde von 18—19½ Uhr, Ganghoferstraße. — Ueben der Spieltruppe Kanner Straße.

Vorträge, Vereine und Versammlungen

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold"

Geschäftsstelle: Berlin S 14, Sebastianstr. 37—38, Hof 2. Tr.

Donnerstag, 24. September. Mitte (Ortsverein): Angermünde-Fahrer müssen sich bis spätestens 24. September bei dem Kameradschaftsführer melden. 6. Kameradschaft: 20 Uhr Zusammenkunft der Angermünde-Fahrer bei Arndt, Schröderstr. 2. **Charlottenburg** (Ortsverein): 20 Uhr Treffen aller Aktiven im Edenpalast.

Arbeiter-Abstinenten-Bund, Bezirksgruppe Schillerpark. Freitag, 25. September, 20 Uhr, Gaststätte Malplaquetstr. 26. Vortrag des Genossen Hartwig über „Die Fürsorgepflichtverordnung, die Fürsorgeeinrichtungen der Stadt Berlin und die Aufgaben der Arbeiterwohlfahrt".

Sozialistischer Esperanto-Bund. Beginn neuer Schnellkurse in Reinickendorf und Wedding Donnerstag, 24. September, im Jugendheim Lindauer Str. 2 (Holzbaracke), von 20—22 Uhr. — Osten: Donnerstag, 24. September, im Jugendheim Am Ostbahnhof 17, Zimmer 1, von 20—22 Uhr. — Zentrum: Freitag, 25. September, im Metallarbeiterverbandshaus, Elsässer Str. 86 (über den Hof), von 18½—21 Uhr. — Neukölln: Meldet euch beim Genossen Thimm, Saalestr. 6, vorn 1 Tr. links. Kursus kostet 4 M., Jugendliche 3 M. Erwerbslose zahlen 10 Pf. Geschäftsstelle: Adolf Sprock, N. 58, Choriner Str. 45.

Lonzetiow English Debating Club. Mittwoch 20 Uhr, Zahnärztehaus, Bülowstraße 104, Gutmann-Saal: Mr. W. P. Jones: „Safety first."

Gardinen-Ausstellung „Dein Heim — Deine Welt".

Das Kaufhaus R. Israel hat mit großer Sorgfalt und vielem Geschmack Einzelzimmer zusammengestellt, um einen allgemeingültigen Ueberblick zu schaffen, wie mit geringen Mitteln und kultiviertem Geschmack der Innenraum eingerichtet sein kann. Um den 20 verschiedenen Räumen eine besondere Lebendigkeit zu verschaffen sind die Zugänge der Ausstellung zu dem Ein- und Ausgang eines Hauses umgestaltet worden mit einem von M. Sparth geschmackvoll zusammengestellten Blumengarten. Hunderte von neuartigen Vorhängen, Gardinen und Dekorationen geben den Querschnitt der neuesten verarbeiteten Stoffe, Formen und Farben. Man sieht auch neu konstruierte Stangen für querbehangfreie Fensterbekleidungen.

„Vom Sitzen und vom Liegen" ist der Titel einer Ausstellung, die in den Räumen von Friedmann u. Weber um Mitte Oktober eröffnet wird. Hier soll die Entwicklung des Sitz- und Liegemöbels vom Altertum bis zur Gegenwart in ausgewählten Originalmöbeln und Abbildungen zur Anschauung gebracht werden.

H N

ZUM ERSTEN MAL

nach über 10 Jahren bringt Haus Neuerburg eine neue Zigarette auf den Markt:

SIE

passt in die heutige Zeit.

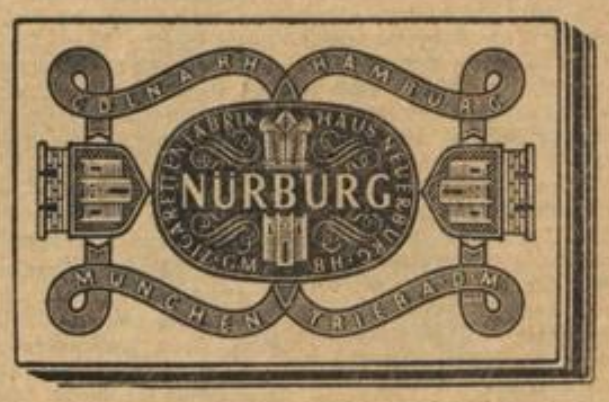
SIE

kostet nur 4 Pfennig.

SIE

hat eine echte Haus Neuerburg-Qualität und heisst:

Nürburg



4 Pf.

Else Stahl: Die Komödianten

Während Friedrich so da saß, und der Lärm, der Dunst regen..ßer Kleider, die Schankstubenatmosphäre von Bier und Tabak, die aus diesem Saal nie ganz zu bannen war, um ihn strömte und seine von der kühlen, reinen Schönheit des Herbsttages noch ganz erfüllten Sinne betäubte, fiel ihm plötzlich ein, daß er den Komödianten bereits begegnet war, gestern, als sie am Wegrand hockten und sich eine Mahlzeit bereiteten, während der elende Wagen mit dem dürren Gaul tief im Schmutz steckte. Auf eine unerklärliche Weise nahmen in seiner Erinnerung die Gesichter der über die aufgewickelten Brotpakete Gebeugten seine eigenen Züge an und ihn durchflutete, aus den Wurzeln der Seele aufsteigend, eine furchtbare und ewige Kälte.

Da bewegte sich der Vorhang. Das Scharren und Klopfen dahinter verstummte. Durch die Löcher in dem alten, zerfetzten Samt schauten gierige, gespannte Augen. Im Saal hob sich ein Kichern. Friedrich kroch in sich zusammen, schamvoll und erbittert, als berechnete er durch das Loch im Vorhang die Einnahme des Abends und die Möglichkeit eines warmen Abendessens. Plötzlich fühlte er sich hier sitzen, um eine elende und niedrige Neugier an der Passe des Elends zu belustigen. Ein unnennbares Gefühl wollte ihn mit eisernen Fäusten zum Saal hinaustreiben.

Da hob sich ein dünner, kläglicher Ton, suchte mühsam seinen Weg durch den Saal und zog eine Reihe anderer Töne nach sich, alle ebenso dünn, ebenso kläglich. Am klapprigen Flügel saß ein altes Männchen mit dünnem, schlohweißem Haar und tiefgefurchtem Gesicht, schaute stumpf vor sich hin und schlug auf die Tasten, daß sie einen zerrissenen, jammervollen Laut von sich gaben. Das war das Orchester.

Wieder kicherten die Leute. Friedrich zitterte. Starr sah er auf den Alten, dessen Hände in dem kotigen Gassenhauer wühlten, um ein paar Pfennige daraus aufzusammeln. Eine ungeheure Welle von Empfindung hob ihn auf und trug ihn mit sich in weite, trostlose Einsamkeiten.

Dann begann das Spiel. In fadenscheinigen Lappen stolzierte der Theaterfürst auf die Bühne. Seine Tochter trat zu ihm mit geflicktem Schleier und ausgetretenen Schuhen, deren schiefe Absätze bei jedem Schritt umknickten, was sie durch einen krampfhaft stelzenden Gang zu verbergen suchte. Sie sang mit ihrem lächerlich aufgeputzten Bräutigam ein leichtfertiges Lied. Welch widerliche Qual! Der Fürst hatte seine Rolle vergessen, stotterte und blieb hilflos stecken, ein fleckiges Rot unter der Schminke seines verkommenen Gesichts. Stumpf und unentwegt klapperte der Alte Gassenhauer um Gassenhauer herunter.

Das Publikum murrte, einige lachten. Friedrich schauerte. Welche Purzelbäume um einen Löffel warmer Suppe, um doch einmal am Wege zu verrecken — er biß die Zähne zusammen und schaute starr auf die Bühne, wo das Spiel immer verzerrter und hilfloser wurde. Sie taumelten hin und her, versprachen sich, lachten grell und zur Unzeit und schienen völlig teilnahmslos, bis auf das Mädchen, das im verwüsteten Gesicht einen eigentümlich angstvollen Zug hatte.

Man begann zu zischen, zu pfeifen, dazwischenzurufen. Jedesmal, wenn die Fürstentochter mit dem geflickten Schleier in ihren schiefen Schuhen umknickte, ging ein Gelächter durch den Saal. Die Komödianten bewegten sich wie in glühenden Gewändern.

Ein sinnloser Zorn packte Friedrich über diese Dumpfen und Satten, zu denen er sich, trotz seines guten Anzugs und seiner gefüllten Börse, plötzlich nicht mehr gehörig fühlte. Ihm war, als schlich er wieder in den Anlagen umher, gehetzt und ausgestoßen ob seines auseinanderfallenden Rockes und seiner ausgefransten Hosen, und lauere auf die Brotrinden, die die Kinder fortwarfen. Als stünde er wieder mit seinem Manuskript vor der Post und würgte an den Tränen, weil ihm das Porto fehlte, es abzuschicken. Wieder suchte er nach Mut und Worten, jemand um die paar Pfennige anzubetteln, und brachte es nicht fertig.

Das Klavierspiel verstummte plötzlich. Friedrich, auffahrend, sah den Alten den Flügel verlassen und die Bühne hinaufwanken, um seine Rolle zu übernehmen. Das Stichwort war lange gefallen. Er aber tastete noch immer an der Wand herum. Er war blind.

Während neben Friedrich alles in ein ungeheures Nichts versank, gellte ein Pfiff durch den Saal. Gelächter folgte, Geschrei und Getrampel. Gegenstände flogen auf die Bühne. Die Hölle war losgelassen.

Die Komödianten, zuerst halb betäubt, versuchten, das Publikum zu beschwichtigen. Der Fürst wollte mit seinem Pathos, das in seiner gespreizten Hilflosigkeit Friedrichs Zähne zusammenschlagen machte, eine Rede halten. Man schrie ihn nieder. Der Prinzessin mit den schiefen Absätzen, die etwas sagen wollte, rief man unflätige Witze zu. Den Bräutigam erschlug ein wieherndes Gelächter. Einzig der blinde Alte stand stumm und ohne Regung, als sei er das längst gewohnt. Als gehöre das mit zum Programm. Er rührte sich auch nicht, als die Menge auf die Bühne drang und ihr Eintrittsgeld zurückverlangte, blind, berauscht von dem Skandal, der Sensation, die das kleine Städtchen nicht oft erlebte. Eine gute Vorführung wäre ihnen nicht halb so lieb gewesen.

Hunde, dachte Friedrich, die ihr Wild gestellt haben, und redete, aufspringend, auf sie ein. Er erstickte fast an seinem Ekel, aber ihm war, als hinge seine Seligkeit davon ab, daß er die Menge zurückhalte. Als er seinen Namen nannte — einen Namen, dem er in Hunger und Arbeit Geltung verschafft hatte — kannte ihn hin und wieder einer, und es wurde stiller. Man hörte ihm zu. „Seht", sagte er atemlos und glühend, „seht, es sind arme Lumpen, elende Schlucker! Was liegt euch schon an den paar Pfennigen? Ihr braucht sie nicht. Ihr seid ja alle reiche, gutgestellte, satte Leute —" die Stimme versagte ihm sekundenlang — „aber die hier müssen ja am Weg krepieren, wenn ihr ihnen das nehmt, wovon sie morgen ihr Leben fristen wollen!"

Er stockte, der Schweiß trat ihm auf die Stirn, er fürchtete umzusinken. Aber sein Zweck war erreicht. Die Menge, beruhigt, schlug vor, eine Sammlung zu veranstalten. „Ja", rief Friedrich, „sammeln wir für die Armen! Helfen wir den Komödianten, so wird Gott uns helfen! Jeder Pfennig wird hundertfachen Zins tragen —." Anstatt die Leute anzuspeien und ihnen seinen glühenden Haß ins Gesicht zu schreien, sagte er: „Wer kennt nicht den opferwilligen Sinn dieser Stadt?" Was den Bürgern schmeichelte.

Mit der gesammelten hübschen Summe ging Friedrich wankend in die Garderobe. Der Fürst machte Miene, ihm pathetisch zu Füßen zu fallen.

„Steh auf", sagte Friedrich mit schwerer Zunge, „nehmt und geht —" er riß, mit zusammengebissenen Zähnen, noch Ringe von seinen Fingern und Geld aus seiner Tasche und stürzte hinaus, von der entsetzlichen Flamme hilflosen Mitleidens mit dem Elend der Welt verfolgt.

Viktor Rakosi: Hausherr und Wohnpartei

Hausherr und Wohnparteien können sich gegenseitig niemals verstehen. Hausherr und Wohnparteien sind aufeinander schon von Natur aus feindselig eingestellt, wie Hund und Katze. Das rührt aber daher, daß Hausherr und Inwohner sich gegenseitig immer nur von den schlechten Seiten zeigen.

Schon der Umstand an und für sich, daß ein Hausherr das Recht hat, von uns viermal im Jahr einen bestimmten Betrag zu fordern, macht ihn verhaßt. Denn die Menschen halten die Wohnung für eine ebenso natürliche Sache, wie z. B. die Luft; und wir gelangen allmählich zu der Ueberzeugung, daß auch die Wohnung ein Geschenk der Natur sei, es also die größte Ungerechtigkeit ist, dafür eine Miete zu verlangen.

Mein Arzt verordnete mir einmal Gebirgsluft zur Herstellung meiner Gesundheit. Als armer Mensch konnte ich nichts anderes tun, als ins vierte Stockwerk zu übersiedeln, und wenn ich durchs Fenster schaute, schien es mir, als wäre ich in gleicher Höhe mit dem Blocksberg gewesen.

Diese Gebirgswohnung gehört der Frau Sziporka, die nicht wußte, daß ich mir durch das bei ihr gemietete Zimmer einen Aufenthalt am Semmering ersparte und sie verlangte daher bloß dreißig Kronen monatlich.

Als Untermieter hatte ich mit dem Hausherrn natürlich nicht das geringste zu tun, und wenn ich das Stiegengeländer zerbrach oder meine Zigarre vor der Tür des Hausherrn wegwarf, tat ich das in dem ruhigen Bewußtsein, daß die daraus erwachsenden Streitigkeiten Frau Witwe Sziporka erledigen werde. Für dreißig Kronen monatlich.

Und ich kam darauf, daß der Untermieter eigentlich die Hilfstruppe der Mietpartei im Kampfe gegen den Hausherrn ist. Jene Parteien, die sich Untermieter halten, sind dem Hausherrn am meisten verhaßt, was leicht erklärlich ist. Frau Sziporka zahlte vierhundertvierzig Kronen Miete, nahm aber von ihren Untermietern sechshundertzwanzig ein. Sie wohnte also nicht nur umsonst, sondern die Wohnung trug ihr auch noch obendrein hundertachtzig Kronen rein ein. Das konnte der Hausherr nicht verschmerzen.

Ich konnte aber diesen angenehmen Zustand nicht lange genießen, da sich mein Gesundheitszustand wieder verschlechterte. Ich ging zum Arzt.

„Wissen Sie, was Ihnen fehlt?" sprach er. „Sie steigen zuviel Stiegen."

Er untersuchte meine Lunge, mein Herz und empfahl mir, eine Wohnung im Parterre zu nehmen.

Von da an wurde ich eine selbständige Wohnpartei. Ich übersiedelte in das Haus meines Onkels, in eine Wohnung, welche infolge der dort herrschenden Feuchtigkeit immer nur von Verwandten bewohnt wurde.

Mein Onkel war ein sehr gebildeter Mensch, aber durch den Tod seines Vaters wurde er frühzeitig ein Hausherr. Das änderte sowohl an seinen Manieren, wie auch an seiner Bildung sehr viel, denn die Mieter verbitterten ihm das Leben, er aber wurde schließlich ein grober Mensch. Ich hörte ihn oft sagen, daß ihm die Mieter dreißig Jahre seines Lebens geraubt hätten. Da der Alte sechzig Jahre zählte, konnte ich leicht ausrechnen, daß er — wenn er momentan sterben würde — volle neunzig Jahre gelebt hätte. Ich erwähnte ihm auch einmal zaghaft, sein Leben sei unserer Familie sehr teuer und ich wolle ihm deshalb sehr gerne die (dreistöckige) Last von den Schultern nehmen, damit die Wohnparteien von nun an mit einer beliebigen Anzahl von Jahren mein Leben verkürzen mögen.

Die Antwort auf diesen Vorschlag war, daß mich mein Onkel hinauswarf, aber nur aus seiner Wohnung und nicht aus dem Haus.

Das kränkte mich aber nicht besonders. Viel mehr schmerzte mich das Mißtrauen der Inwohner.

Die Wohnparteien betrachten nämlich einen Verwandten des Hausherrn einfach für einen Spitzel, der sich unter der Maske einer ehrlichen Wohnpartei ins Haus schleicht, um ihre Geheimnisse zu erlauschen. Um nun diesen Zustand ein Ende zu setzen, verbreitete ich geschickt die Nachricht, daß mich der Hausherr hinausgeworfen habe.

„Und was sagten die Leute darauf?"

„Was muß das für ein Mensch sein, den sogar ein Hausherr hinauswirft!"

Meine Lage gestaltete sich mit der Zeit sehr unerträglich und ich übersiedelte beim nächsten Quartal kurzerhand in ein fremdes Haus, und jetzt kann auch ich schon mit offener Stirne gegen die Hausherren ankämpfen.

(Autorisierte Uebersetzung aus dem Ungarischen von Grete Neufeld.)

Richard Bernstein: Sozialistisches aus USA.

Abraham Cahan erzählt

Vor vierzig Jahren wanderte aus dem südrussischen Ansiedlungsrayon, d. h. dem Gebiet des Zarenreiches, in dem allein Juden wohnen durften — wenn sie nicht Kaufleute erster Gilde oder akademisch Graduierte waren —, Abraham Cahan nach Amerika aus. Dort hat er später die New-Yorker Tageszeitung „Vorwärts" gegründet, die in jüdischer Sprache und in hebräischen Schriftzeichen erscheint, und von jeher den Standpunkt der europäischen, besonders der deutschen Sozialdemokratie vertreten hat. Noch heute leitet Cahan diese sehr lebendige Zeitung, die gegenwärtig eine Auflage von 190 000 Exemplaren hat. Man sieht dem weißhaarigen aber lebhaften Mann die mehr als 71 Jahre nicht an, die er schon zählt. Oftmals hat er Europa besucht, auch eben jetzt wieder. Von ihm kann man vieles aus der Geschichte der modernen Arbeiterbewegung hören. Er erzählte mir u. a., daß er schon die internationalen Kongresse in Brüssel 1891 und in Zürich 1893 als amerikanischer Delegierter mitgemacht hat. Gelegentlich des Züricher Kongresses verhandelte der deutsche Parteivorstand eine Beschuldigung, die gegen den baltischen Emigranten Sergej Schewitsch erhoben worden war. Schewitsch hatte sich in Amerika, auch in Deutschland, in der Partei betätigt, aber es war gegen ihn die Anklage erhoben worden, mit der Geheimpolizei in Verbindung zu stehen. August Bebel schlug im Parteivorstand vor, da dieser doch weder die Verhältnisse in Rußland noch in Amerika genau kenne, den anwesenden Cahan zu hören, der über die Bewegung und ihre Führer sowohl in Rußland wie Amerika genau unterichtet wäre. Wilhelm Liebknecht, dem die Anklage gegen Schewitsch begründet schien — der Alte hatte ja lange genug als politischer Flüchtling im Auslande gelebt, um auch der typischen Spitzelangst der politischen Emigration jener Zeit zu unterliegen — wollte von diesem Gutachter zunächst nichts wissen, während Richard Fischer als Sekretär des Parteivorstandes Bebel zustimmte, dessen Meinung dann auch siegreich blieb. Die Verhandlung endete mit der vollständigen Freisprechung und Rehabilitierung Schewitsch'. Auf die Bitte, dieses Ergebnis im Zentralorgan, dem Berliner „Vorwärts", zu veröffentlichen, meinte Bebel, damit würde die Sache nur wieder aufgerollt werden. Aber man gab dem Freigesprochenen eine schriftliche Bescheinigung seiner Unschuld, ein zweites Exemplar erhielt Cahan für die Genossen in Amerika. Schewitsch lebte nachher in München mit seiner Frau, die keine andere war als Helene von Rakowitza, geborene Doenniges, eben die Frau, für die Ferdinand Lassalle rund vierzig Jahre vorher in das tödliche Duell gegangen war.

Unter den ersten Führern der sozialistischen Bewegung in Amerika, die von Deutschen ins Leben gerufen worden ist, nennt Cahan u. a. Alexander Jonas und Douai, dessen Name auch älteren deutschen Parteigenossen aus der Literatur noch bekannt sein wird. Auch Schewitsch gehörte zu den tätigsten Genossen. Hermann Schlüter kam erst später hinüber.

Die sozialistische Bewegung in USA. ist bekanntlich auch heute, besonders unter den echten Amerikanern, noch ziemlich schwach. Die große Masse der freigewerkschaftlich Organisierten steht sozialistischen Gedanken noch fern. Anders in der Einwanderung besonders aus Völkern, die schon stark sozialistisch beeinflußt sind, also ziemlich in der ganzen europäischen Emigration. Dem verdankt ja auch der jüdische „Vorwärts" seine beträchtliche Verbreitung, während die deutsche Parteipresse und schon gar die englische, weit dahinter zurückbleibt. Der New-Yorker „Vorwärts" geht so gut, daß er die ganzen Ausgaben der jüdisch-sozialistischen Partei deckt. Infolge der schweren Wirtschaftskrise sind allerdings die Einnahmen aus Inseraten außerordentlich stark zurückgegangen. Eigenartig ist es doch wohl, hören zu müssen, daß seit Jahren nur eine englisch-sozialistische Tageszeitung in USA. erscheint und zwar in Milwaukee, wo unsere deutschen Landsleute den „Vorwärts" herausgeben. Der New-Yorker „Vorwärts" hat auch eine englische Wochenausgabe.

Die genaue Zahl des Arbeitslosenheeres im Dollarlande ist nicht bekannt, da eine amtliche Statistik darüber ebensowenig besteht, wie eine öffentliche Fürsorge oder Unterstützung. Cahan erzählt, daß er bei seinem vierzigjährigen Aufenthalt zum ersten Male in der jetzigen Krise den erschütternden Anblick der „breadlines" (Brotlinien) gehabt hat: Lange Polonäsen von Hungernden, die in größter Hitze oder schärfster Kälte auf die Tasse Kaffee, das Brötchen und die fünf Cents warten, die private Wohltätigkeit ihnen schenkt. Allerdings wird die Not gemildert auch durch die vielen „Arbeiterringe", proletarische Versicherungsgesellschaften auf Gegenseitigkeit, sowie durch Unterstützung der Verwandten, so man solche hat und sie selbst nicht hungern. Die gesetzliche Einführung einer Arbeitslosenfürsorge wird wohl nicht zu umgehen sein. Trotz dieses Massenelends hat die kommunistische Agitation in den Massen sehr geringen Erfolg. Dagegen ist in der Intelligenz und besonders im ruinierten Bürgertum ziemlich viel Schwärmerei für Bolschewismus und Sowjetrußland verbreitet.

Ein bekannter Charakterzug des amerikanischen Lebens ist die ungeheuerliche Korruption, auch in der Polizei. Präsident Hoover hat eine eigene Untersuchungskommission dafür eingesetzt, nach ihrem Vorsitzenden „Vickersham-Kommission" genannt. Sie hat in ihrem Bericht fast in allen Städten der Union schwere Korruption der Polizei festgestellt — mit einer einzigen Ausnahme: Milwaukee! Und diese stark deutsche Stadt ist bekanntlich auch die am meisten sozialistische, steht unter sozialistischer Leitung und hat mehrmals den leider schon verstorbenen Siebenbürger Viktor L. Berger ins Repräsentantenhaus nach Washington entsandt.

Allerdings hat es die sozialistische Partei noch niemals über einen einzigen Vertreter im Kongreß gebracht. Das war entweder Berger oder Mayer-London. Zur Zeit ist das Bundesparlament vollkommen sozialistenfrei.

Die tiefste Mine der Welt. Die Morro-Velho-Goldmine in Brasilien, geschaffen durch hervorragende englische Bergwerksingenieure, hält mit 2,4 Kilometer Tiefe den Weltrekord aller Schachtanlagen. Der Abstieg kann nur auf verschiedenen Etappen — Drahtseilbahnen, Fahrstühle usw. — erfolgen. Der ganze Weg nimmt nicht weniger als vier volle Stunden in Anspruch. Eine riesige Lüftungsanlage bemüht sich, die geradezu entsetzliche Hitze auf der Sohle abzuschwächen. In der Minute werden 30 000 Kubikmeter Luft in die Erde gepumpt.

Heinrich Minden: Die Fuchsboa

Der Dichter Karl Wakusch hatte in einem seiner Romane einmal geschrieben: „Ein Gegenstand, der zehn Mark wert ist, ist für drei Mark immer noch teuer, es sei denn, daß man ihn wirklich braucht." Dies war auch im Leben sein Standpunkt, obwohl er sonst eben nicht viel von Gelddingen verstand, sich in der Regel kaum darum kümmerte. Seine Frau Ella aber dachte anders. Seitdem sie ein paarmal das Glück gehabt hatte, Kleidungsstücke für ein Drittel des eigentlichen Preises zu ergattern, galt sie in ihren Kreisen als Kaufgenie. Und diesen Ruhm wollte sie sich wahren; koste es, was es wolle.

Manchmal wunderte sich Wakusch, woher die vielen Blusen, Röcke, Hüte und Sonnenschirme eigentlich kamen. So glänzend waren doch seine Einnahmen schließlich nicht, wenn es ihm auch ganz leidlich erging und der Mangel bisher vor seiner Tür noch immer kehrt gemacht hatte. Gelegentlich erkundigte er sich sogar, hörte mit halbem Ohr die Pappenstielpreise, verwies auf seine Romanstelle und beruhigte sich wieder.

Mißtrauischer wurden die Freundinnen. „So etwas möchte ich auch haben," erklärte die eine oder die andere, „führe mich doch mal hin!" Aber niemals klappte es. Stets gab es eine Abhaltung oder ein Hindernis. Bald war es das letzte Stück gewesen; dem Geschäftsinhaber war Verschwiegenheit zugesichert worden, oder ein erwarteter telephonischer Anruf hinderte am Ausgehen. So tuschelte man allerhand, meinte, der Ehrgeiz, in den sich Frau Ella gesteigert hatte, habe sie „meschugge" gemacht. Entweder verheimliche sie die wirklichen Preise und nehme mehr vom Wirtschaftsgeld oder sie erwerbe tadellos erhaltenes Zeug aus zweiter Hand. Vielleicht mache sie auch einfach Schulden.

Eines Abends kam sie mit einer geradezu wundervollen Fuchsboa nach Hause. „Sieben Mark," rief sie triumphierend schon unter der Tür. Das war jedoch selbst dem gutgläubigen Gatten zu bunt. Es folgten erregte Auseinandersetzungen, freilich ergebnislos.

Manchmal indes haben die Wände Ohren oder die Fenster Augen. Bereits die Morgenstunden des nächsten Tages brachten die Entscheidung. Anscheinend hatte eine Bekannte den Erwerb der Boa an der Quelle beobachtet. Jedenfalls überreichte der verdutzte Postbote Frau Ella eine offene Karte mit den vielsagenden Worten: „Gans, du hast den Fuchs gestohlen."

Zuchthausanträge gegen die Pogromisten.

Die Rädelsführer Graf Helldorf und Ernst als Zeugen.

Der letzte Verhandlungstag im Prozeß der Nazipogromisten brachte ganz unerwartet die Vernehmung des „Oberführers" Graf Helldorf und seines Stabsleiters Ernst als Zeugen, nicht etwa als Angeklagte. Sie hatten sich in München bei Hitler die erforderlichen Instruktionen geholt, konnten also gestern vor Gericht unbeirrt ihr Sprüchlein hersagen.

*

Auf Antrag der Parteien wurde noch einmal in die Beweisaufnahme eingetreten. Neben einigen unwichtigen Zeugen sollten der Führer der Berliner SA., Graf Helldorf, und der „Stabsleiter" Ernst, die nach ihrer Rückkehr aus München sich der Polizei gestellt hatten, vernommen werden. Als erster kam der Zeuge Ernst an die Reihe.

Der 23jährige „Stabsleiter".

Der Vorsitzende macht den 23jährigen Zeugen darauf aufmerksam, daß er unter Umständen auch vereidigt werden könne, daß er aber in bezug auf Tatsachen, durch deren Bekundung er sich selbst strafbar machen würde, das Recht zur Zeugnisverweigerung hat. Er fordert ihn danach auf, zu erzählen, welche Beobachtungen er auf dem Kurfürstendamm gemacht habe. Zeuge: Wir fuhren im Opelwagen mit Graf Helldorf und dem „Leiter der Wache des Stabes", Gewehr, den Kurfürstendamm entlang. An der Meineckestraße hörten wir rufen: Brot, Hunger. Ecke Joachimsthaler Straße stiegen wir aus dem Wagen und gingen zur Gedächtniskirche und weiter am Romanischen Café vorbei zur Tauentzienstraße. Hier trafen wir einen

Sturmführer, der mit Helldorf einige Worte wechselte.

Aus der Richtung von Michels hörte ich wieder rufen. Ich sah etwa 13 junge Leute, die vor einigen Beamten flüchteten. In der Rankestraße bestiegen wir wieder unseren Wagen. Ecke Joachimsthaler Straße kam ein Major auf unser Auto zu und forderte uns auf, wegzufahren. Später trafen wir noch einen anderen Sturmführer. Er sagte zum Grafen Helldorf, er sei hierhergekommen, weil er vom Klimbim gehört habe. Graf Helldorf befahl ihm, dafür zu sorgen, daß die Leute vom Kurfürstendamm verschwinden. Er habe bereits deswegen mit der Polizei gesprochen. In der Nähe des Bahnhofs Zoo wurden wir von einem anderen Auto angehalten. Die Insassen riefen uns etwas zu. Ich rief zu ihnen hinüber: **„Macht, daß ihr weiter kommt, ihr verdammten Panschjuden."** Dann wurden wir von Polizeibeamten zur Wache gebracht und später zur Abteilung I A. **Vors.:** Weshalb haben Sie die Fahrt überhaupt unternommen? **Zeuge:** Um Parteilokale zu besichtigen. Wir fuhren zuerst zum Afrika-Kasino in der Lützowstraße, wir fanden da aber nur sehr wenige SA.-Leute. Dann besichtigten wir den Sturm 15 in der Steinmetzstraße. Hier trafen wir etwa 50 bis 60 Mann an. Graf Helldorf sagte zu den SA.-Leuten:

„Ich komme zu euch noch zurück, Jungens",

und gab den Befehl, zum Kurfürstendamm zu fahren. **Vors.:** Wer hatte das Auto gemietet? **Zeuge:** Ich glaube, ich selbst. **Vors.:** Weshalb fuhren Sie zum Kurfürstendamm? **Zeuge:** Weil uns im Afrika-Kasino gesagt wurde, daß die SA.-Leute dahingegangen seien. **Vors.:** Wozu fuhren Sie denn dahin? **Zeuge:** Um uns die Sache anzusehen. **Vors.:** Und was haben Sie da gesehen? **Zeuge:** Das, was ich bereits geschildert haben. **Vors.:** Das war sehr wenig. **Zeuge** (patzig): Ich habe eben niemand erkannt.

Der Vorsitzende rügt den Ton, den der Zeuge anschlägt. Trotz wiederholten Vorhaltens bleibt der „Stabsleiter" Ernst dabei, daß er

fast gar keine SA.-Leute gesehen

hätte, auch keine Ausschreitungen oder sonst irgend etwas besonders Verdächtiges.

Vors.: Wie lange hielten Sie sich am Kurfürstendamm auf? **Zeuge:** Insgesamt 30 Minuten. **Vors.: Und weshalb stiegen Sie aus?** Der Zeuge gibt eine vollkommen unbefriedigende Antwort.

Der **Vorsitzende** fragt, ob nicht eine inoffizielle Parole ausgegeben worden sei. **Zeuge:** Nicht von mir. **Vors.:** Ich frage ja nicht, ob von Ihnen, sondern ob eine solche ausgegeben worden war. **Zeuge:** Meines Wissens überhaupt nicht.

Die Vernehmung des Zeugen ist beendet. Er bleibt wegen Verdachts der Mittäterschaft unvereidigt.

Der Graf als Oberführer.

Als nächster Zeuge wird aus der Untersuchungshaft Graf Helldorf vorgeführt. Im Gegensatz zu seinem nur 23jährigen „Stabsleiter" zählt er 35 Jahre und stellt sich als früherer Offizier und Landwirt vor.

Vors.: Es handelt sich um Ihre Autofahrt auf dem Kurfürstendamm. **Zeuge:** Zu meinen Dienstobliegenheiten gehören Kontrollfahrten zu den SA.-Lokalen und Besichtigungen der Parteiheime. Solch eine Fahrt fand am Sonnabend statt. Wir fuhren zuerst zur Lützowstraße, dann zur Steinmetzstraße. In dem SA.-Lokal Lützowstraße erhielt ich trotz scharfer Vorhaltungen von den wenigen anwesenden SA.-Leuten nur unklare Erklärungen darüber, wo die anderen SA.-Leute sind. Auf dem Kurfürstendamm sah ich einige Gruppen von Leuten,

hörte auch gewisse Rufe in Sprechchören, wurde auch von mehreren Leuten erkannt und mit Heilrufen begrüßt.

An der Joachimsthaler Straße stiegen wir aus, später fuhren wir wieder weiter. Polizeimajor Wecke kam auf unseren Wagen zu und stellte mich scharf zur Rede: „Was fällt Ihnen ein, hier herumzufahren. Was ist das für eine Schweinerei?" Ich erwiderte, ich hätte nichts damit zu tun,

es sei gar keine Schweinerei.

Major Wecke erklärte in barschem Tone: „Scheren Sie sich fort." Als ich später einen SA.-Führer traf, bat ich ihn, dafür zu sorgen, daß die Leute fortgingen. Schon früher, als ich meinen Wagen verlassen hatte, hatte ich das getan, um die SA.-Leute zu veranlassen, sich zu entfernen.

Vors.: War Ihnen bekannt, daß eine Art Parole, ein Fingerzeig, gewissermaßen ein inoffizieller Befehl für diesen Abend ausgegeben worden war?

Zeuge: Daß eine Parole vorgelegen haben muß, nehme ich an. Von welcher Seite aber, darin bin ich mir nicht im klaren. Vielleicht war das von einer dritten Stelle geschehen, um die SA. zu belasten. Ich möchte hierzu folgende Erklärung abgeben:

Die Berliner SA. besteht zu achtzig Proz. aus Handwerkern, sechzig Proz. sind erwerbslos, davon viele ausgesteuert.

Die Berliner SA. lebt unter den schwierigsten Verhältnissen; sie hat auch außerordentlich unter den kommunistischen Drangsalierungen zu leiden. Ueberfälle sind etwas Alltägliches. Das Tragen von Waffen ist aber von Hitler streng verboten. Wir sind gezwungen, jeden, der mit Waffen angetroffen wird, auszuschließen. Die SA.-Leute sind deshalb wehrlos und

können sich höchstens mit Stühlen verteidigen.

Daß es unter solchen Umständen zuweilen zu Explosionen kommt, ist begreiflich. Sie werden geradezu künstlich herbeigeführt, da den SA.-Leuten jede Möglichkeit genommen ist, sich auszutoben; Märsche und sportliche Ausbildung sind verboten. In den Sturmlokalen herrscht eine außerordentliche Gereiztheit. Wenn nun Gerüchte in die Welt gesetzt werden, so kann es nur allzu leicht angesichts der Verzweiflung der SA.-Leute zu Ausschreitungen kommen.

Vors.: Sie reden um einen Punkt herum.

Wie kommt es, daß, wenn sechzig Prozent ihrer Leute erwerbslos sind, sie das Fahrgeld aufgewandt haben, um aus den verschiedenen Teilen von Berlin nach dem Kurfürstendamm zu fahren?

Zeuge: Sie haben sich das Geld wahrscheinlich aus der Sturmkasse als Darlehen genommen. **Vors.:** Mir fällt aber auf, daß ganze Stürme Spesen gemacht haben. **Zeuge:** Dazu kann ich nichts sagen. **Vors.:** Ich will Sie nicht im Zweifel lassen, es waren Mitglieder von zwölf Stürmen anwesend. Sie konnten nur auf eine gewisse Parole nach dem Kurfürstendamm zusammengeströmt sein. Man kann ja einen inoffiziellen Befehl gegeben haben und das nach außen hin nicht zugeben. **Zeuge:** Wenn das der Fall gewesen wäre, dann wäre ich nicht in Uniform und im offenen Auto herumgefahren. Die Parolenausgabe könnte von irgendeiner feindlichen Seite erfolgt sein. Wir haben ja in unseren Stürmen eine ganze Anzahl Spitzel; kommunistische Spitzel, solche vom Reichsbanner und von den Behörden. Sie sind äußerst rege. Als SA.-Männer verkleidete Spitzel verkehren in unseren Lokalen. Sie können auch die Parole ausgegeben haben.

Vors.: Erscheint Ihnen diese

Erzählung nicht etwas abenteuerlich?

Zeuge: Weshalb? Wenn die Parole in sieben bis acht Stürmen ausgegeben worden wäre, einen besseren Dienst hätten sie sich nicht leisten können. **Vors.:** Könnte irgendeiner der Zwangsgestellten als Spitzel in Frage kommen? **Zeuge:** Nein. **Vors.:** Was haben Sie am Sonntag, dem 13., über die Ereignisse des Vortages erfahren? Was ist Ihnen darüber berichtet worden? **Zeuge:** Nur, daß einige im Polizeipräsidium festgehalten sind. **Vors.:** Standen denn die schweren Ausschreitungen nicht

im Widerspruch zur militärischen Disziplin,

die bei Ihnen herrscht? **Zeuge:** Ich habe die gerichtlichen Feststellungen abwarten wollen. **Vors.:** Das verstehe ich nicht. Es herrscht doch sonst bei den SA.-Leuten ein straffer militärischer Ton. Ich begreife nicht, daß Sie zum Beispiel sich nicht ins Afrika-Kasino begaben, sich dort irgendeinen SA.-Mann vorgenommen und ihm gesagt haben: „Junge, jetzt sagst du, wie du auf den Kurfürstendamm gekommen bist." Es war Ihnen ja bereits bekannt, daß Demolierungen und schwere Ausschreitungen stattgefunden haben. **Zeuge:** Ich

mußte schleunigst nach München

zu einer Gruppenführerbesprechung. Es gibt in Deutschland im ganzen elf Gruppenführer. Solche Besprechungen sind von größter Wichtigkeit. Mit der Untersuchung hätte es noch einige Tage Zeit gehabt.

Staatsanwalt: Wie erklären Sie sich das, daß Sie auf dem kurzen Raume um die Gedächtniskirche herum drei SA.-Führern begegnet sind? Der **Zeuge** bleibt die Antwort schuldig.

Staatsanwalt: Halten Sie es für möglich, daß auch die Sturmführer auf Anordnung von Spitzeln auf dem Kurfürstendamm gewesen sind? **Zeuge:** Nein. **Vors.:** Was würden Sie aber dazu sagen, wenn Sie hier von Angeklagten hören würden, daß sie **auf Anordnung von SA.-Führern nach dem Kurfürstendamm** gekommen sind? **Zeuge:** Das ist mir völlig unverständlich.

Auch der Zeuge Helldorf bleibt unvereidigt.

Gegen ¾6 Uhr erhält Staatsanwalt Stehnig das Wort zum Plädoyer. Er schildert die Ereignisse am Sonnabend, dem 12. September, auf dem Kurfürstendamm und stellt fest, daß ungefähr 15 bis 20 Personen schwere Verletzungen davongetragen haben müssen. Die Staatsanwaltschaft habe in dieser Verhandlung davon abgesehen, sämtliche Verletzten als Zeugen zu laden. Die Ausschreitungen, sagt weiter der Staatsanwalt, hatten eine ausgesprochen antisemitische Tendenz. Die von den Nationalsozialisten gestellten Zeugen bestreiten aber, daß antisemitische Ausrufe gefallen sind. Dieses Leugnen zeigt nur, wie die Aussagen dieser Zeugen zu bewerten sind, wie leichtsinnig heutzutage junge Leute mit der Wahrheit umspringen. Sodann beschäftigte sich Staatsanwaltschaftsrat Dr. Schade eingehend mit der Täterschaft der einzelnen Angeklagten. Der Staatsanwalt stellt gegen die Angeklagten

folgende Strafanträge:

Gegen die Minderjährigen Schuster Bonin, Schulz, Pawlik, Rehfeld, Cornelsen, Chavier, Couvreux, Scheffler, Meyer-Mühlhaus, Heckendorf wegen einfachen Landfriedensbruches in Tateinheit mit Anreizung zum Klassenhaß **je ein Jahr Gefängnis;** gegen die volljährigen Angeklagten Merker, Friske, Barz, Soy, Fedike, Kuhn, Matzdorf, Dziemian, Michalak, Koch, Müdebrath und Hecke wegen einfachen Landfriedensbruches in Tateinheit mit Anreizung zum Klassenhaß **ein Jahr drei Monate Gefängnis;** gegen die Angeklagten Meede und Riedel, die Gewalttätigkeiten verübt haben, wegen schweren Landfriedensbruches in Tateinheit mit Anreizung zum Klassenhaß **ein Jahr neun Monate Gefängnis;** gegen Schubert, der eine Waffe bei sich gehabt hat, **ein Jahr fünf Monate Gefängnis;** gegen Utpott **ein Jahr ein Monat Gefängnis;** gegen Fischer, der sich der Anstiftung zum einfachen Landfriedensbruch schuldig gemacht hat, **zwei Jahre sechs Monate Gefängnis;** gegen die Rädelsführer Sturmführer Ponke und den Autobesitzer Kühn wegen schweren Landfriedensbruches **zwei Jahre Gefängnis** (der letztere hat sich der Beihilfe schuldig gemacht); gegen den „Leiter der Stabswache" Gewehr und gegen den Stahlhelmführer Brandt **je zwei Jahre Zuchthaus und Ehrverlust auf die Dauer von drei Jahren,** außerdem ist auf Einziehung der beiden Kraftwagen zu erkennen.

Nach einer kurzen Pause ergriff der erste der drei Verteidiger das Wort. Er wie seine Mitverteidiger bemühten sich, darzulegen, daß den einzelnen Angeklagten eine strafbare Handlung nicht nachgewiesen sei. Sie kommen deshalb zu dem Antrag, sämtliche Angeklagten von der Anklage des Landfriedensbruches freizusprechen.

Die Ausführungen des Rechtsanwalts Harnack veranlaßten den Vorsitzenden Landgerichtsdirektor Schmitz zu einer scharfen Abfuhr. Er erklärte: „Sie sprechen hier vom Sonderschutz einer Rasse, während das Gericht hier nur bemüht ist, die Unverletzlichkeit der Person und des Eigentums zu schützen. Ich sage es Ihnen gleich: Durch Ihre Ausführungen erreichen Sie nur, daß das Gericht zu härteren Strafen kommt, als es vielleicht sonst der Fall gewesen wäre. Sie vernichten den erzieherischen Einfluß der Gerichtsverhandlung auf die Angeklagten, die zum größten Teile noch ganz junge Leute sind."

Die Staatsanwälte verzichten auf eine Erwiderung. Sämtliche Angeklagten, die vorschriftsmäßig das letzte Wort erhalten, schließen sich den Anträgen der Verteidigung an. Neuerlich gestellten Haftentlassungsanträgen widerspricht die Staatsanwaltschaft.

Um Mitternacht zieht sich das Gericht zur Beratung zurück.

Das Urteil ist erst in den frühen Morgenstunden zu erwarten.

Landtagseinberufung abgelehnt.

Verkleinerung des Staatsrats.

Der Aeltestenrat des Landtags lehnte am Dienstag den kommunistischen Antrag auf vorzeitige Landtagseinberufung ab.

Dem Staatsrat ist ein Entwurf vorgelegt worden, wonach der Staatsrat verkleinert wird. In Zukunft soll statt auf 300 000 Einwohner erst auf 750 000 ein Vertreter entfallen.

Das Weltbild von 1931.

„Wir bleiben stabil, solange der (Gold-) Vorrat reicht!"

Bergarbeitertragödie

Die Opfer einer kostspieligen „Rationalisierung".

Es gibt kaum einen Beruf, in dem sich der Fluch kapitalistischer Wirtschaftsführung und kapitalistischer Wirtschaftsanarchie derart kraß auswirkt wie im Bergbau. Millionen von Tonnen Kohle liegen auf den Halden. Man weiß nicht wohin damit. Andererseits feiern Zehntausende von Bergleuten, ohne die Hoffnung hegen zu können, jemals wieder in ihrem Beruf unterzukommen. So sieht die andere Seite der Produktionsdrosselung aus.

Aber schon ehe das Drosseln der Produktion im Kohlenbergbau einsetzte, haben die Bergarbeiter ungemein harte Opfer bringen müssen. Vom 1. Januar 1930 bis zum 30. Juni 1931 wurden allein über die **Belegschaft des Ruhrbergbaus 14,34 Millionen Feierschichten** verhängt, um die Förderung einzuschränken. Dadurch entstand ein Lohnausfall von weit über 120 Millionen Mark. Neben den Feierschichten wurden dann Zehntausende von Arbeitern entlassen. Man sehe sich nachstehende Tabelle genau an. Die bergmännische Belegschaft — das sind die ausschließlich der Nebenbetriebe beschäftigten Arbeiter — hat betragen:

	Ruhrrevier	Oberschles.	Niederschles.	Sachsen	zusammen
Januar 1930	361 859	60 402	27 096	22 691	472 048
Juni 1931 .	236 752	42 808	19 469	16 553	315 582

In 1½ Jahren wurde die bergmännische Belegschaft in den genannten Steinkohlenrevieren durch Entlassungen um 156 466 Mann oder 33,14 Proz. vermindert. Unermeßliche Not steckt hinter diesen Zahlen.

Arbeitslosigkeit und Feierschichten mußten aber nicht nur der Krise, sondern auch der „Rationalisierung" und Mechanisierung zum Opfer gebracht werden. In der Förderleistung je Mann und Schicht findet diese Tatsache ihren beredten Ausdruck.

Jahresdurchschnit	Förderleistung je Mann und Schicht in kg Ruhrrevier	Oberschl.	Niederschl.	Aachen
1925	945	1153	659	709
1929	1275	1377	849	951
1930	1352	1434	866	983
Juni 1931	1475	1573	887	996

Der Fördereffekt des letzten vollen Vorkriegsjahres 1913 war ebenso hoch wie derjenige von 1925. Seitdem steigt die Förderleistung unaufhaltsam aufwärts. Im Ruhrbergbau stieg der Fördereffekt je Mann und Schicht von 1925 bis Juni 1931 um 530 Kilogramm oder 56,4 Proz., mit anderen Worten: nicht ganz zwei Bergarbeiter waren im Juni 1931 erforderlich, um dieselbe Fördermenge zutage zu bringen, die 1925 von drei Bergarbeitern erzielt wurde. In den anderen Revieren ist der Aufstieg ebenfalls sehr beachtlich, wenn auch nicht ganz so groß wie im Ruhrbergbau. Die Zunahme beträgt von 1925 bis Juni 1931: Oberschlesien 420 Kilogramm oder 36,4 Proz., Niederschlesien 228 Kilogramm oder 34,6 Proz. und Aachen 289 Kilogramm oder 40,7 Proz. Die Erhöhung des Fördereffekts wurde erzielt durch gesteigerte Arbeitsintensität, Rationalisierung und Mechanisierung der Kohlengewinnung und Förderung. Die Rationalisierung zerfällt in zwei Arten, in die positive und negative. Die letztere besteht im Stillegen von Bergwerken und Nichtabbauen von weniger mächtigen bzw. ergiebigen Kohlenflözen. Für die Volkswirtschaft im ganzen genommen, entstehen durch diese Rationalisierung nicht wieder zu ersetzende Verluste.

Ueber die maschinelle Kohlengewinnung berichten das preußische Handelsministerium und das Oberbergamt in Freiberg. Danach wurden 1926 von der Gesamtsteinkohlenförderung Deutschlands 58,1 Proz. auf maschinellem Wege gewonnen; 1930 bereits 82,5 Proz. Im Ruhrbergbau war die maschinelle Kohlenförderung bereits auf 93,8 Proz. im Jahre 1930 angestiegen. Ob durch diese Art der Kohlengewinnung die Gestehungskosten gesenkt werden konnten, ist nicht erwiesen. Sicher aber haben viele Tausende von Bergarbeitern der genommenen Entwicklung ihre Existenz zum Opfer bringen müssen.

Heinrich Löffler.

*

Die Schlichtungsverhandlungen für den rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau sind bis auf weiteres vertagt worden.

Schafft Bauarbeit!

Ein Notschrei der arbeitslosen Berliner Bauarbeiter.

In keinem Jahr der Nachkriegszeit ist die Bauarbeiterschaft so stark von der Arbeitslosigkeit gegeißelt worden, wie in diesem Jahr. Noch nie hat es eine Zeit gegeben, wo **im September über 70 Prozent der Bauarbeiter arbeitslos** sind, sie die Hände unfreiwillig in den Schoß legen mußten. Es war daher durchaus begreiflich, daß in der außerordentlichen Generalversammlung der Berliner Bauarbeiter am Montag in Kliems Festsälen eine sehr scharfe Sprache geführt wurde über das heutige Wirtschaftssystem, das nicht imstande ist, sich selbst aus der Umklammerung der Krise zu befreien.

Das Bild, das der Vorsitzende der Baugewerkschaft Berlin, Genosse Ebert, von der Lage auf dem Berliner Baumarkt entwarf, war mehr als trostlos. Im vorigen Jahr wurden in Berlin 43 667 Wohnungen fertiggestellt, davon 40 625 mit Hilfe von Hauszinssteuermitteln. Zu Anfang dieses Jahres waren nur noch etwa 20 000 Wohnungen in Arbeit, von denen bis zum 31. August bereits 17 715 fertiggestellt waren. In wenigen Wochen wird im Berliner Wohnungsbau

nicht mehr ein einziger Ziegelstein vermauert werden,

die Berliner Bauarbeiterschaft restlos zum Feiern verurteilt sein. **228 000 Wohnungssuchende werden weiter vergeblich auf die Zuweisung einer Wohnung warten,** während die Bauarbeiter ihre Hände in die Taschen stecken müssen.

Die Finanznot der Stadt Berlin vergrößert noch das Elend der Bauarbeiterschaft. Im Jahre 1927 hatte die Stadt Berlin noch 40½ Millionen Mark für den städtischen Hochbau in ihren Etat eingestellt, 1930 waren es immerhin noch fast 27 Millionen Mark, in diesem Jahre jedoch nur noch 2,3 Millionen Mark, die außerdem noch gesperrt sind. Für laufende Reparaturen an städtischen Gebäuden standen im Etat der Stadt Berlin des Jahres 1928 noch fast 15 Millionen Mark zur Verfügung, im vorigen Jahr nur noch 11 Millionen Mark, in diesem Jahr dagegen kaum 5 Millionen Mark.

Der Tiefbau ist dabei noch gar nicht in Rechnung gestellt. Wohin man auch blickt, nirgends zeigt sich auf dem Baumarkt ein Lichtschimmer. Angesichts der Verzweiflungsstimmung in der Bauarbeiterschaft richtet die Organisation an alle maßgebenden Stellen die Warnung, schnellstens Arbeitsmöglichkeiten für den Baumarkt zu erschließen.

Nach einer regen Aussprache, in der die kommunistischen Verwirrungsmethoden auf das schärfste verurteilt wurden, nahm die von etwa 300 Funktionären besuchte Versammlung einstimmig eine Entschließung an, in der vom Hauptvorstand des Baugewerksbundes und vom ADGB. gefordert wird, bei der Reichsregierung noch energischer als bisher wegen der **Arbeitsbeschaffung für das Baugewerbe** vorstellig zu werden. In der Entschließung heißt es weiter:

„**Die Bauarbeiter fordern die Aufrechterhaltung der Hauszinssteuer und die Bereitstellung derselben für die gesamte Bauwirtschaft,** sowie die Abänderung der Notverordnung vom 1. Dezember 1930 mit ihren einschränkenden Bestimmungen, die zur „freien", heute aber ganz unmöglichen Bauwirtschaft führen soll.

Mehr als 50 Prozent der Berliner Bauarbeiter konnten in diesem Jahr noch nicht einen einzigen Tag arbeiten; der größte Prozentsatz von ihnen ist schon länger als ein Jahr arbeitslos und muß mit ungerecht verkürzter Arbeitslosenunterstützung und als Wohlfahrtsempfänger ein kümmerliches Dasein fristen.

Diese notleidenden Bauarbeiter erinnern an den seinerzeit staatsrettenden Gedanken: „Nur Arbeit kann uns retten" und rufen deshalb allen Verantwortlichen zu: Schafft Bauarbeit!"

Arbeitszeitskandal bei Nordwest

Verhandlungen vertagt. — Man wartet auf die Regierung.

In Essen begannen am Dienstag die Verhandlungen in der Arbeitszeitfrage für die Gruppe Nordwest. Die Gewerkschaften forderten eine Arbeitszeitverkürzung auf wöchentlich 48 Stunden für die Hüttenindustrie und auf 40 Stunden für die weiterverarbeitende Industrie. Nach 2½stündiger Dauer wurden die Verhandlungen abgebrochen und auf den 28. September vertagt, weil man die Entwicklung der wirtschaftlichen Lage und die Maßnahmen der Reichsregierung abwarten will. (Und die Reichsregierung wartet auf das Ergebnis der Verhandlungen.)

Die Bergbau-A.-G. Lothringen entläßt auf der Zeche Präsident in Bochum 300 Arbeiter. Die Klöckner-Werke entlassen auf der Zeche Ickern I/II 350 Arbeiter und 15 Angestellte.

40-Stundenwoche in SPD.-Betrieben.

Ein Beispiel für andere.

Seit längerer Zeit sind Verhandlungen im Gange, um in den Druckereien, die der Sozialdemokratischen Partei gehören, die 40-Stundenwoche durchzuführen. Bis jetzt ist es gelungen, in 30 Parteidruckereien die 40-Stundenwoche, in einer die 41-Stundenwoche, in neun die 42-Stundenwoche durchzuführen. In den anderen Druckereien der Partei schweben die Verhandlungen noch; es ist zu hoffen, daß es auch hier bald zur Durchführung der 40-Stundenwoche kommt. Bereits durchgeführt ist die 40-Stundenwoche in den Druckereien der Partei in folgenden Städten: Aschaffenburg, Bergedorf, Bernburg, Bochum, Coburg, Cottbus, Darmstadt, Dessau, Düsseldorf, Essen, Gelsenkirchen, Halle, Hameln, Hamm, Hildesheim, Hindenburg, Hof, Jena, Kassel, Landsberg, Liegnitz, Löbau, Lübeck, Magdeburg, Mannheim, Oberstein, Plauen, Suhl, Trier, Waldenburg.

Die 41-Stundenwoche besteht in Breslau. 42 Stunden wird gearbeitet in Altenburg, Brandenburg a. d. H., Elbing, Frankfurt (Oder), Freiburg, Hannover, Mainz, Rostock, Zwickau.

Durch diese Arbeitszeitverkürzung ist es gelungen, sonst unvermeidliche Entlassungen zu verhindern und darüber hinaus Neueinstellungen vorzunehmen. Wann werden sich die privatkapitalistischen Unternehmungen zu einer derartigen Regelung aufschwingen, statt rücksichtslos Entlassungen vorzunehmen.

Von den kommunistischen Druckereien wollen wir schon gar nicht reden. Dort denkt man so wenig an eine Verkürzung der Arbeitszeit, daß sogar wöchentlich 6 Ueberstunden gemacht werden, und zwar werden die 6 Ueberstunden ohne jede Bezahlung geleistet.

Von den anderen verlangt die KPD. die 40-Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich. Im eigenen Laden diktiert sie Ueberstunden ohne jede Bezahlung. Wie lange werden sich die kommunistischen Arbeiter diese brutale Verhöhnung noch gefallen lassen?

Beigelegter Tarifkonflikt.

Schiedsspruch für die Magistratsangestellten angenommen.

Mit dem Schiedsspruch im Tarifkonflikt der Angestellten der Stadt Berlin beschäftigte sich gestern in den Sophiensälen eine vom ZdA. einberufene Vollversammlung der Berliner Magistratsangestellten.

Der Konflikt ist, wie von uns bereits berichtet, dadurch entstanden, daß der kommunale Arbeitgeberverband Berlin den von ihm zum 30. September gekündigten Angestelltentarif viel mehr verschlechtern wollte, als der Stadt Berlin durch die Notverordnung vom 5. Juni und die Beanstandung der Berliner Beamtenbesoldung zwingend vorgeschrieben worden ist. So forderte die Stadt Berlin eine weitgehende Verschlechterung der Tarifbestimmungen über die Anrechnung der Dienstjahre der Magistratsangestellten vor ihrer Tätigkeit bei der Stadt Berlin, was einem neuen Gehaltsabbau um 10 bis 60 M. pro Monat gleichgekommen wäre. Weiter sollten die kurzfristig beschäftigten Angestellten, die bei der Aufstellung von Wahllisten, bei Volksentscheiden usw. eingestellt werden müssen, erheblich geringer bezahlt werden als bisher. Hinzu kamen noch eine Unmenge anderer Verschlechterungsanträge.

Die Verhandlungen mit dem Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin führten zu keiner Verständigung, so daß sie vor dem Schlichtungsausschuß fortgesetzt werden mußten. Der Schlichtungsausschuß fällte am Freitag voriger Woche einen einstimmigen Schiedsspruch, der im wesentlichen folgendes besagt: Die vom Kommunalen Arbeitgeberverband Berlin beantragten Verschlechterungen treten nur für die Angestellten in Kraft, die nach dem 1. Oktober dieses Jahres von der Stadt Berlin angestellt werden. Für alle zur Zeit beschäftigten Angestellten bleibt es bei den bisherigen Gehalts- und Tarifbestimmungen. Die alten Gehalts- und Tarifbestimmungen sollen auch für die Angestellten gelten, die jetzt bei der Stadt Berlin beschäftigt sind, in der nächsten Zeit entlassen, innerhalb von sechs Monaten nach ihrer Entlassung von der Stadt Berlin aber wieder eingestellt werden.

Da dieser Schiedsspruch zwar kein voller, aber immerhin ein ansehnlicher Erfolg der Verhandlungstaktik der Unterhändler des ZdA. ist, empfahl Genosse Zeitz vom ZdA. der Vollversammlung, den Schiedsspruch anzunehmen. Die Versammlung stimmte dieser Empfehlung auch gegen vier Stimmen zu. Da auch der Kommunale Arbeitgeberverband Berlin den Schiedsspruch des Schlichtungsausschusses angenommen hat, ist der Tarifkonflikt nunmehr endgültig beigelegt. Der neue Tarifvertrag gilt bis zum 31. März 1932.

Erfolg des Textilarbeiterverbandes.

Niederlage der RGO., Gelben und Christlichen.

Der Deutsche Textilarbeiterverband erzielte bei der Betriebsratswahl in der zum Nordwollekonzern gehörenden Kammgarnspinnerei Delmenhorst, die die Lahusen als gelbe Hochburg auszubauen sich bemühten, einen starken Erfolg. Gelbe, Christen und die kommunistische RGO. kämpften gemeinsam gegen die freien Gewerkschaften. Der Erfolg ist ausgeblieben. Von den 14 Sitzen im Arbeiterrat erhielt der Deutsche Textilarbeiterverband 11 Sitze. Auf die Gelben, Christen und Kommunisten entfiel je ein Sitz. Im Betriebsrat wird der Deutsche Textilarbeiterverband mit 10 Mandaten vertreten sein. Christen, Gelbe und Kommunisten stellen je einen Vertreter. Auf den Deutschen Textilarbeiterverband entfielen 878 Stimmen, auf die Gelben 114, die Christen 102 und auf die Kommunisten 88 Stimmen. Hätte die RGO. keine Liste eingereicht, dann wären nur Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes gewählt worden. Es fehlten dem Deutschen Textilarbeiterverband nur drei Stimmen — und die Kommunisten wären leer ausgegangen.

SPD.-Betriebsfraktion beim Bezirksamt Schöneberg. Morgen, Donnerstag, 20 Uhr, Lokal Will, Martin-Luther-Str. 69, Fraktionsversammlung. Referent Genosse Ernst Neumann: „Die Wirtschaftskrise und 40-Stunden-Woche".

Freie Gewerkschafts-Jugend Berlin

Heute um 19½ Uhr tagen die Gruppen: **Baumschulenweg:** Jugendheim Baumschulenweg, Ernststr. 16. Unterhaltungsabend. — **Weißensee:** Gruppenheim Weißensee, Parkstr. 36. Lichtbildervortrag: „Die Bourgeoisie in der Karikatur. — **Nordring:** Schule Sonnenburger Str. 20. „FGJ. und ADGB." — **Tegel:** Jugendheim Tegel, Schöneberger Str. 4 (erst um 20 Uhr). Wir lesen aus dem Buch „Bub und Mädel" von Dr. Max Hodann. — **Südwesten:** Jugendheim Yorckstr. 11 (Fabrikgebäude). Bunter Abend. — **Flughafen:** Gruppenheim Flughafenstr. 68 (U-Bahnhof Boddinstraße). Wir machen halbe-halbe: Links die Burschen — rechts die Mädchen. — **Neukölln:** Jugendheim Neukölln, Bergstr. 29 (Hof). Unsere Walzbrüder erzählen ihre Erlebnisse von der Radfahrt nach Wien. — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. „Unsere Jugendberatungsstelle." — **Schöneberg:** Hauptstr. 13 (Gartenhaus). Reihenvortrag: „Was ist Sozialismus?" — **Schillerpark:** Schule Schöningstr. 7. Theo Maret liest: „Aus der Art geschlagen" von Scharrer.

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Angestellten

Heute, Mittwoch, finden folgende Veranstaltungen statt: **Gesundbrunnen:** Jugendheim Schulstraße 1. Arbeitsgemeinschaft: „Ein Jahr Reichstagsarbeit". Leiter: Bernstein. — **Schönhauser Vorstadt:** Jugendheim der Schule Kastanienallee 82. Wir spielen aus dem Stegreif. — **Norden I:** Jugendheim Danziger Str. 62 (Baracke 3). Vortrag: „Die Seele des Jugendlichen". Referent: Nachow. — **Reinickendorf:** Jugendheim Lindauer Str. 2 (Baracke). Vortrag: „Ein Tag auf dem Arbeitsgericht". Referent: Decker. — **Stralau:** Jugendheim der Schule Goßlerstr. 61. Kurzreferate. — **Oberspree:** Niederschöneweide, Berliner Str. 31 (Schule), Eingang Hasselwerderstraße. „Arbeiterdichter sahen den Krieg". Vortragende: Hall. — **Köpenick:** Jugendheim Dahlwitzer Str. 13 (Gasanstalt am Bahnhof Köpenick). Vortrag: „Moderne Jugend und Jugendbewegung". Referent: Salaw. — **Neukölln:** Jugendheim Böhmische Straße 1—4, Ecke Kanner Straße. „Kommt her, spielt mit!" — **Südost:** Jugendheim Wrangelstr. 138. Ernstes und Heiteres. — **Schöneberg:** Jugendheim Hauptstr. 15 (Hofgebäude, Sachsenzimmer). Vortrag: „Wie war Berlin so gutleschnergradar". Referent: Heilbrunn. — **Charlottenburg:** Jugendheim Spielhagenstr. 4. Aussprache: „Warum freie Gewerkschaften?" — **Spandau:** Jugendheim Lindenufer 1. Wir lesen aus dem Buch „Der Weg zurück" von Remarque. — **Potsdam-Nowawes:** Jugendherberge in Nowawes, Priesterstraße. Vortrag: „Reiseeindrücke aus Belgien und Paris". Referent: Lewinski. — **Sportabteilung:** Uebungsabend ab 20 Uhr in der Städtischen Turnhalle Prinzenstraße. — **Achtung!** Am Sonntag, 27. September, beteiligen sich alle Jugendmitglieder am Herbsttreffen in Zossen. — Meldet euch für die Volksbühnenabteilung für die arbeitende Jugend im Jugendsekretariat.

Verantwortlich für Politik: Victor Schiff; Wirtschaft: G. Klingelhöfer; Gewerkschaftsbewegung: J. Steiner; Feuilleton: Dr. John Schikowski; Lokales und Sonstiges: Fritz Karstädt; Anzeigen: Th. Glocke; sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW 68, Lindenstraße 3. Hierzu 2 Beilagen.

4 STÜCK 10 Pf. kostet die neue Enver Bey
DICK, RUND MAGNET O/MUNDST.
die trotz Billigkeit jeden anspruchsvollen Raucher befriedigen wird!

Verpulverte Zechenmillionen.

Mißwirtschaft bei Bergbaukonzern Ewald.

Die Gewerkschaft der Steinkohlenzeche Ewald beschäftigt zur Zeit weite Finanzkreise, da die allgemeine Kreditkrise die unsolide Finanzierung des Unternehmens deutlich in Erscheinung treten läßt. Die Zeche Ewald war ein kerngesundes Unternehmen, als im Frühjahr 1928 die allgemeine Welle der Spekulations- und Investitionsfreudigkeit seine Leitung erfaßte. Damals beschloß man den Bau eines neuen Schachts mit Kokerei, der

zu einer der modernsten Anlagen des Ruhrgebiets geworden ist,

eine hohe Quote erhielt und — am 1. Juli d. J. stillgelegt wurde, weil — die alten Anlagen wirtschaftlicher arbeiteten als die neue. Gleichzeitig — schon im Frühjahr 1928 — beschloß man die Aufnahme einer Anleihe von bis zu 30 Millionen Mark, die die Kosten dieser und einer geplanten Zentralförderanlage, die an die Stelle der älteren Schächte treten sollte, decken sollte.

Im Oktober 1928 sicherte sich die Gewerkschaft Ewald die Mehrheit der benachbarten Gewerkschaft König Ludwig, eines Bergbauunternehmens, das etwa gleichzeitig mit Ewald

den Bau einer großen neuen Doppelschachtanlage beschlossen

hatte und zu seiner Finanzierung ebenfalls eine Anleihe von bis zu 30 Millionen Mark aufnehmen wollte. Als Preis bezahlte Ewald 45 000 M. je Kux, etwa 30 Proz. über dem damaligen ungesund hohen Börsenkurs in der Periode der Kohlenhochkonjunktur.

Im Sommer 1929 beschloß Ewald den Bau einer neuen Stickstoffanlage, die nach dem gleichen Verfahren arbeitet wie die inzwischen stillgelegten Waldenburger Stickstoffwerke des Fürsten Pleß und 12 Millionen Mark kosten sollte. „Zur Sicherung der Versorgung der Anlage mit Schwefelsäure" schloß man

nach dem glorreichen Vorbild der schwedischen Erzverträge des Stahlvereins

Lieferverträge zu festen Preisen ab, die heute eine schwere Belastung der Stickstofferzeugungskosten darstellen. Außerdem scheint auch hier wie bei Pleß der Voranschlag für das Stickstoffwerk um etwa 100 Proz. überschritten worden zu sein; wenigstens wurden sie gelegentlich auf etwa 25 Millionen Mark geschätzt.

Weder bei Ewald noch bei König Ludwig wurden die geplanten Anleihen aufgenommen. Die Ursache hierfür lag offensichtlich in der Finanzierungspraxis des maßgebenden Bankhauses Simon Hirschland, Essen, das auf Grund seines guten alten Namens

in großem Umfange kurzfristigen Auslandskredit aufnehmen

konnte und dem Kohlenkonzern Ewald-König Ludwig zu vorteilhaften Bedingungen für seine Investitionen zur Verfügung stellte. Durch die Stillhalteversicherungen wird Hirschland vor dem Zusammenbruch, der sonst notwendigen Folge einer leichtsinnigen Praxis, bewahrt. Für die Ewald-Gruppe ist jedoch eine kritische Finanzlage entstanden.

Da Ewald Bilanzen überhaupt nicht veröffentlicht und für König Ludwig die Bilanz für 1930 bisher noch nicht vorgelegt ist, kann man über die „kurzfristige" Verschuldung der Unternehmungen nur Vermutungen aufstellen. Bei König Ludwig belief sie sich Ende 1929 bereits auf rund 26 Millionen Mark. Sie ist 1930 sicherlich gestiegen und dürfte heute den für die Anleihe seinerzeit in Aussicht genommenen Betrag von 30 Millionen Mark übersteigen.

Was die Höhe der Gesamtschulden, insbesondere der kurzfristigen Verbindlichkeiten betrifft, so werden phantastische Zahlen genannt.

Betrachtet man die produktionswirtschaftlichen Grundlagen dieses Komplexes, so gewinnt man erneut einen Maßstab für die verdienstvolle Arbeit mancher deutscher Industrieführer. Anläßlich der Stillegung der neuen Schachtanlage von Ewald wurde ausdrücklich festgestellt, daß sie so günstig zu den neuen Schachtanlagen von König Ludwig liege, daß z. B. die Gasbelieferung der Stickstoff-Fabrik von dort aus erfolgen könne. Warum man dann die Stickstoffanlage dort statt bei den Schächten von König Ludwig errichtete und sich nicht die neue Schachtanlage sparte, wird selbstverständlich nicht erklärt. Ebensowenig glaubt die Gewerkschaft Ewald Rechenschaft darüber schuldig zu sein, warum sie den neuen Schacht niederbrachte, wenn die alten Anlagen billiger produzierten als die neue; denn der wahre Grund,

die Quotenjagd und der Ehrgeiz, zu einem der größten Kohlenkrufts zu werden,

darf natürlich nicht angegeben werden. Die Stickstoff-Fabrik selbst, die 1930 mit 60 Proz. der Leistungsfähigkeit und gegenwärtig mit 35 Proz. (!) der Leistungsfähigkeit ausgenützt wird, wurde angeblich errichtet, weil die Gasverwertung der neuen Kokereien der neuen überflüssigen und unwirtschaftlichen Schachtanlage nicht durch die Ruhrgas A.-G. erfolgen könne, weil diese ihr Leitungsnetz in zu weiter Entfernung von der neuen Anlage trassiere. Jetzt werden die Kokereien an das Verteilungsnetz der Ruhrgas A.-G. angeschlossen. Die seinerzeit angegebenen Gründe für die „Notwendigkeit" der Stickstoff-Fabrik erweisen sich also als unrichtig.

Noch bedenklicher steht es jedoch mit den Finanzierungsmethoden. Seit 1928 behauptet die Leitung von Ewald, keine Möglichkeit gehabt zu haben, die kurzfristigen Schulden zu fundieren. Demgegenüber steht fest, daß die erforderlichen Beschlüsse der Gewerkenversammlungen bisher noch nicht gefaßt sind. Denn der Anleihebeschluß vom Frühjahr 1928 sah nur die Fundierung von 30 Millionen Mark, nicht aber des enormen Betrages vor, der tatsächlich benötigt wird. Außerdem aber standen 2½ Jahre für die Durchführung der Fundierung zur Verfügung; nach dem 14. September 1930 war es freilich zu spät. Vorher aber entschloß man sich zur Fundierung offenbar aus zwei Gründen nicht. Erstens war es natürlich unmöglich, eine Anleihe zu den günstigen Bedingungen zu erhalten, die Hirschland für kurzfristige Kredite bot, zweitens wollte Hirschland auf das „große Geschäft" nicht verzichten, das in der Weiterleitung der kurzfristigen Kredite an Ewald lag.

Die sinnlose

spekulative Expansionsfreudigkeit

der Leitung von Ewald begegnete also bei Hirschland einer Bereitwilligkeit zur Festlegung kurzfristiger Mittel, die mit den Grundsätzen solider Bankpolitik unvereinbar ist. Es bedurfte erst der Kreditkrise dieses Sommers, um die Verwaltung von Ewald und ihr Bankhaus von der Unsolidität des bisherigen Vorgehens zu überzeugen. Wie freilich der Ausweg aus der nunmehr entstandenen kritischen Lage gefunden werden soll, steht noch dahin.

Die Arbeitslosigkeit steigt.

Mitte September 4 324 000 Erwerbslose.

In der ersten Septemberhälfte hat die Zahl der Erwerbslosen in dem gleichen Umfang zugenommen, wie in den letzten beiden Augustwochen. Während in dieser Zeit 111 000 neue Erwerbslose bei den Arbeitsämtern angemeldet waren, war in der Berichtszeit vom 1. bis 15. September ein neuer Zustrom von 109 000 Personen zu verzeichnen. Die Gesamtzahl der Erwerbslosen in Deutschland erreicht damit bereits Mitte September 4 324 000. Das Bedrohliche an der Entwicklung der letzten Wochen liegt darin, daß infolge der verheerenden Kreditkrise seit Ende Juli die Zahl der Arbeitslosen in diesem Jahr bis Mitte September um rund 350 000 Personen gestiegen ist, während in der gleichen Zeit des Vorjahres nur eine Zunahme von 220 000 Erwerbslosen eintrat, obwohl der Stand der Arbeitslosigkeit in diesem Jahr bereits um 1,2 Millionen höher liegt als 1930. Allerdings war im vorigen Jahr schon im Juli selbst ein stärkeres Ansteigen der Erwerbslosigkeit zu beobachten, während in diesem Jahr sich der Arbeitsmarkt bis zum Ausbruch der Kreditkrise verhältnismäßig gut den ganzen Juli über hielt.

Die Entwicklung in den einzelnen Bezirken war nicht einheitlich. Bei der Landwirtschaft traten vielfach Störungen infolge der klimatischen Einflüsse auf und Anforderungen für die Kartoffel- und Rübenernte setzten erst in wenigen Bezirken ein. Die Beschäftigung im Kohlenbergbau ist noch weiter zurückgegangen, und nur bei den Braunkohlenwerken liegen die Verhältnisse etwas günstiger. Infolge der Sperrung der Hauszinssteuerzuschüsse hat sich das Baugewerbe dem Zustand eines völligen Erliegens bedenklich genähert. Dementsprechend haben auch die Entlassungen in den Baustoffindustrien großen Umfang angenommen. Bei der Steinindustrie halfen Aufträge der Reichsbahn über die Schwierigkeiten hinweg. Nach wie vor trostlos sehen die Dinge in der Großeisenindustrie und in der metallverarbeitenden Industrie aus. Trotz des niedrigen Beschäftigungsgrades sind hier noch weitere starke Rückschläge eingetreten. Kleine Sonderkonjunkturen in einzelnen Zweigen der Elektroindustrie und des Kraftfahrzeugbaues konnten keinen Ausgleich bringen. Im Textilgewerbe wird von der Woll- und der Leinenindustrie eine leichte Besserung des Beschäftigungsgrades gemeldet. Eine gewisse Belebung setzte im Nahrungsmittelgewerbe infolge des bereits beginnenden Weihnachtsgeschäftes ein. Der Angestelltenmarkt stand unter verschärftem Druck. In wachsender Zahl melden sich Personen auf den Arbeitsämtern, die früher selbständig waren.

Konzentration der Rüstungsindustrie in USA.

Der Dupont-Chemietrust erweitert seine Monopolstellung.

Der große amerikanische Chemiekonzern Dupont de Nemours übernimmt, wie aus New York gemeldet wird, die beiden großen amerikanischen Waffen- und Rüstungsfirmen Remington Arms Co. und die Winchester Arms Co. Das Gesamtvermögen der beiden übernommenen Gesellschaften beträgt rund eine Viertel Milliarde Mark.

Der Dupont-Konzern nahm seinen Aufschwung in den Kriegsjahren; damals hatte die Sprengstoffherstellung der Gesellschaft einen solchen Umfang, daß man annehmen kann, daß 40 Proz. der gesamten Explosivstoffherstellung der Welt in jenen 4½ Jahren allein auf Dupont entfielen. Inzwischen hat sich der Dupont-Konzern nicht nur zu einem umfassenden Chemiekonzern entwickelt, der Farbstoffe, pharmazeutische Erzeugnisse, Stickstoffe, Lacke, Säuren und zahlreiche andere Chemikalien erzeugt, sondern gleichzeitig zu einer bedeutenden Beteiligungsgesellschaft; die wichtigste Beteiligung ist die an der General Motors Corp., der größten amerikanischen Automobilgesellschaft. Vor einigen Wochen wurde von Dupont die Newport Chemical Co. für rund 50 Millionen Mark erworben, eine Gesellschaft, die hauptsächlich synthetische Farben herstellt.

Die Dupont-Gesellschaft, die in ihren eigenen Betrieben mehr als 30 000 Mann beschäftigt, die mit einem Aktienkapital von rund 1 Milliarde Mark arbeitet und insgesamt nach der letzten Bilanz einen Vermögenswert von über 2½ Milliarden Mark darstellte, erfährt durch die Uebernahme der beiden Rüstungsfirmen eine weitere Verstärkung ihrer Monopolstellung, die sie in der amerikanischen Kriegsindustrie inne hat.

Die Reichspost im Jahre 1930.

Zusätzliche Arbeiten. — Verringerter Reingewinn.

Die Deutsche Reichspost hat im Berichtsjahr von April 1930 bis März 1931 versucht, in ihrer Ausgabenpolitik eine schon oft geforderte konjunkturausgleichende Richtung zu verfolgen. Bis Ende März 1931 sind nach dem Bericht durch ein Programm „zusätzlicher" Arbeiten etwa 22 200 Arbeitskräfte neu eingestellt und 41 600 vor der Entlassung bewahrt worden. Bei all diesen Bestellungen sei auf Preisnachlässe der Lieferfirmen gedrängt worden (in diesem Punkt könnte wohl bei der Reichspost noch allerlei geschehen).

Die Verschärfung der Krise zeigt sich in der Verschlechterung fast aller Verkehrsziffern. Am stärksten war der Rückgang im Briefverkehr, der um 15,7 Proz. gegenüber dem Vorjahr sank; der Telegrammverkehr zeigt einen Rückgang von 15,5 Proz., der Paketverkehr um 6,2 Proz. Die Zahl der Buchungen im Postscheckverkehr aber ist um 2,2 Proz. gestiegen; die Gesamtsumme der Buchungen betrug 141,4 Milliarden Mark. Die Zahl der Rundfunkhörer hat sich um 15 Proz. auf 3,73 Millionen erhöht; davon waren 134 000 Kriegsbeschädigten und Arbeitslosen die Gebühren erlassen.

Die Betriebseinnahmen sind um etwa 50 Millionen Mark gesunken; sie überstiegen mit 2208 Millionen Mark die Ausgaben um 154 Millionen Mark (im Vorjahr 205 Millionen Mark), während der Rest von 39 Millionen Mark dem Vermögen der Reichspost zugeschrieben wurde.

Trotz der zusätzlichen Arbeiten sind die Anlagewerte in der Bilanz verhältnismäßig wenig, von 2712 auf 2801 Millionen Mark gestiegen. Davon entfallen auf das unterirdische Telegraphen- und Fernsprechleitungsnetz 896 Millionen Mark, auf Gebäude 537 Millionen Mark, technische Einrichtungen für Telegramm- und Telephonverkehr 476 Millionen Mark, oberirdisches Leitungsnetz 335 Millionen Mark und Grundstücke 255 Millionen Mark. Auf der Passivseite der Bilanz erhöhten sich die Anleihen um 300 auf 459 Millionen Mark.

In der Erhöhung der Anlagewerte kommt die Vermehrung der Zahl der Postanstalten um 3000 und der Zahl der öffentlichen Fernsprechzellen um 7600 zum Ausdruck. Ende März 1931 waren von insgesamt 6948 Fernsprech-Vermittlungsstellen 1765 auf

selbsttätigen Betrieb umgestellt; an diese Aemter sind aber nicht weniger als 57 Proz. aller Hauptanschlüsse angeschlossen, so daß tatsächlich bereits mehr als die Hälfte des ganzen Fernsprechverkehrs auf Selbstanschlußbetrieb umgestellt ist.

Erhöhter Verlust bei Citroën, Köln. Bei der Citroën-Automobil-A.-G., Köln, der deutschen Tochtergesellschaft des bedeutendsten französischen Automobilunternehmens, hat das Geschäftsjahr 1930 einen weiteren Verlust von 0,2 Millionen Mark gebracht, so daß sich der Gesamtverlust auf 0,45 Millionen Mark erhöht hat. Das Aktienkapital von 4 Millionen Mark ist bisher nur zu 50 Proz. eingezahlt. Die Schulden (einschließlich der an die Pariser Muttergesellschaft) haben sich von 9,3 auf 10,2 Millionen Mark erhöht; aber auch die Forderungen und flüssigen Mittel sind gestiegen, von 3,7 auf 4,4 Millionen Mark. Entsprechend dem schlechten Absatz erhöhte sich der Wert des Warenlagers von 4,3 auf 4,6 Millionen Mark. Gleichwohl ist die Verwaltung ziemlich zuversichtlich; der Absatz habe sich im laufenden Jahre ungefähr gehalten, und durch die Aufnahme der Lastwagenproduktion seien neue Absatzmöglichkeiten geschaffen worden.

Wird die Waggonfabrik Uerdingen stillgelegt? Die Waggonfabrik A.-G., Uerdingen (Niederrhein), wollte zum 1. Oktober stillegen. Noch im **vorigen Geschäftsjahr, das am** 30. September 1930 endete, wurde bei einem Kapital von 3,6 Mill. Mark ein Umsatz von 11,75 Mill. Mark erzielt, so daß 10 Proz. Dividende verteilt werden konnten. Da eine Stillegung die Stadt Uerdingen stark belasten würde, hat die Stadtverwaltung mit dem Reichsverkehrsministerium und mit der Reichsbahn Verhandlungen geführt. Man ist der Hoffnung, daß die Reichsbahn an die Waggonindustrie bald einen größeren Auftrag erteilen wird. Man glaubt daher, daß die Entlassung der Belegschaft nur vorübergehend sein wird, wenn auch eine Betriebseinschränkung nicht zu vermeiden sei.

Etwas Sparsameres als IMI gibt es wirklich nicht! Schon ein Teelöffel voll genügt für eine normale Aufwasch- und Spülschüssel! IMI ist im Gebrauch über die Maßen billig!

IMI zum Aufwaschen - Spülen - Reinigen
* für Geschirr und alles Hausgerät *

2301/31 d

Staats Theater
Staatsoper Unter den Linden.
Mittwoch, den 23. September
19½ Uhr. Ende gegen 23 Uhr.
Carmen

Staatl. Schauspielhaus Gendarmenmarkt. Anfang 20 Uhr
Die natürliche Tochter

Schiller-Theater Charlottenburg. Anfang 20 Uhr
Die Heirat

Winter Garten
8.15 Uhr Flora 3434 Rauchen erlaubt
Die Sechs von der Staatsoper. Cortinis Dollarsegen. Salerno. 12 Bratanos. Rhocurad-Sens usw.

8¼ Uhr **CASINO-THEATER** 8¼ Uhr
Lothringer Straße 37.
Neu! **Sie lachen Tränen** Neu!
über die tolle Posse
Dodo, das öffentliche Aergernis
Dazu das neue bunte Progr.!
Gutschein 1–4 Personen.
Parkett nur 30 Pf.
Fauteuil 1.— Mark. Sessel 1.50 Mark

Städt. Oper
Charlottenburg
Bismarckstraße 34
Mittwoch, den 23. 9.
Turnus I
Anfang 19½ Uhr
Die Hochzeit des Figaro
Ende 22½ Uhr

Volksbühne
Theater am Bülowplatz
8 Uhr
Nebeneinander
Volksstück in 5 Akten von Georg Kaiser
Regie: K. H. Martin.

Metropol-Theater
Täglich 8¼ Uhr
Sonntags 4 u. 8¼ U.
die neue Paul-Abraham-Operette
Die Blume von Hawai
Preise von 1.— M. an

Theater im Admiralspalast
Täglich 8¼ Uhr
Die Dubarry
mit
Gitta Alpar
Preise v. 0.80 M. an

Lessing-Theater
Dir. Dr. Robert Klein
Tel.: Weidendamm 0046.
8¼ Uhr
Junge Liebe.
Moshelm, Brausewetter, Haack, Hamolka.

SCALA
Barbarossa 0258
Tägl. 5 u. 8½ U.
THE 22 INGENUES
HUDSON-WONDERS
und das große Sept.-Programm

Theater am Nollendorfplatz
Täglich 8¼ Uhr
Sonntag nachm. 4 Uhr
Max Adalbert
in: Der
beschleunigte Personenzug
Sonntags nachm. halbe Preise von 0.25 M. an

GROSSES SCHAUSPIELH.
TÄGLICH 8 UHR
REGIE CHARELL
Im weißen Rössl
DER WELTERFOLG!
Sonntag nachmittag 3 Uhr billige Preise

HAUS VATERLAND
Das Vergnügungs-Restaurant Berlins
BETRIEB KEMPINSKI

LICHTBURG
Berlin-Gesundbrunnen
Ab Dienstag, 22. Sept. bis Montag, 28. Sept.
Devise: Lachen vertreibt alle Sorgen!
BÜHNE:
Lichtburg-Orchester u. Ltg. v. P. Hensel
Der Varietéteil bringt 4 Welt-Attraktionen
Tribolle & Smiles
Kismet Sisters & Oscar
Will T. Karr
Bernhard Bernhardi
Humorist
FILMTEIL
Der neueste Erfolg!
Deutschlands beste Komiker vereint in einem Tonfilm!
Max Adalbert, Henry Bender, Paul Hörbiger, P. Westermeier, Eugen Rex, Paul Heidemann, Hansi Arnstädt, Herm. Picha, Gusti Stark-Gstettenbauer
Die fidele Sängerfahrt
Regie: Carl Heinz Wolff
Ferner: Beiprogramm, Fox tönende Wochenschau.
Beginn der Vorstellungen: Wochentags 4, 6¼ u. 8¼ Uhr, Sonntag 3, 5¼, 8¼ Uhr. Preise der Plätze: im Parkett und Rang 0.80 bis 1.80 M. Balkon und Logen 2.00 M., 2.50 M. Sonntag 3 Uhr Einheitspreis. Parkett u. Rang 80 Pf., Balkon u. Loge 1,30 M. Vorverkauf ab 12 Uhr ununterbrochen f. 7 Tage voraus. Tel.: Humboldt 1636-37

Theater des Westens
ab heute 8¼ Uhr bis inklusive Sonnt.
5 Abschiedsvorstellungen
Richard Tauber
in „Das Land des Lächelns"

Inserate im Vorwärts sichern Erfolg!

Komische Oper
8¼ Uhr
Thron zu vergeben
Operette v. Neidhart Musik v. Witmann
Leux, Elster, Lilien.
Preise: 0.80—7.- M.

Reichshallen-Theater
Abends 8 Uhr, Sonntag nachmittag 3½ Uhr
Britton
50 Jahre
Stettiner Sänger
Nachmittags halbe Preise.

ROSE-THEATER
Letzte Woche:
„Rose Bernd"
Traute Rose
in der Titelrolle
Mittwoch, Sonnabend u. Sonntag 6 und 9 Uhr
An allen andern Tagen 8¼ Uhr.
Preise 0.50–3.00
Große Frankfurter Straße 132
Vorverkauf: Täglich 11—1 und 3—9 U. E 7, 3422.

Deutsches Theater
8 Uhr
Kabale und Liebe
von Schiller
Regie: Max Reinhardt

Kurfürstendamm-Theater
Bismarck 448/49
8¼ Uhr
Die schöne Helena
von Jacques Offenbach
Regie: Max Reinhardt.

Berliner Theater
Charlottenstr. 90-92.
Dönh. 625-626.
Gruppe junger Schauspieler
Heute 8¼ Uhr
AVANTGARDE
von Valentin Katajew.
Preise 0.50 bis 4.—
Garderobe,
Programm 0.30 M.

Volksbühne E.V. :: 1. Tanzmatinee 1931/32
Sonntag, den 27. September, vorm. 11½ Uhr,
im Theater am Bülowplatz
Harald Kreutzberg — Yvonne Georgi
Am Flügel: Friedrich Wilckens
Platzkarten (auch für Nichtmitglieder der Volksbühne) zum Preise von 1.50 M., 2.— M. und 3.— M. bei Tietz, Wertheim, Bote und Bock sowie an der Theaterkasse

RENNEN
HOPPEGARTEN
Heute **23. Sept.** 3 Uhr
Palestro-Rennen.

Am Sonnabend, dem 19. September, 11½ Uhr, entschlief plötzlich und unerwartet nach kurzem Krankenlager der Tischlermeister, Genosse

Richard Halffter

im 80. Lebensjahre.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen
Berlin O 34, Friedenstr. 69.
Klara Halffter, geb. Krüger.

Die Trauerfeier findet am Freitag, dem 25. September, 13½ Uhr, im Krematorium Baumschulenweg statt.

Deutscher Metallarbeiter-Verband
Verwaltungsstelle Berlin

Nachruf

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unsere Kollegin, die Arbeiterin

Elsa Deliga

geb. 4. Oktober 1889, am 12. September gestorben ist.

Ehre ihrem Andenken!

Die Beerdigung hat bereits stattgefunden.

Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Freitag, den 25. September, nachm. 4½ Uhr, im Lokal von Schulz, Stallschreiberstraße 5

Versammlung aller Graveur- und Ziseleur-Lehrlinge

Tagesordnung:
1. Vortrag des Kollegen H. Hellwig über „Bürgerkunde".
2. Branchenangelegenheiten.

Vollzähliges Erscheinen erwartet!

Die Ortsverwaltung.

Wir sind von einem schweren Verlust betroffen. Am Sonntag, dem 20. September, abends 7¾ Uhr, verschied nach kurzem, schwerem Leiden, an den Folgen einer Blinddarmoperation, unser Prokurist, Herr

Curt Laaser

im Alter von 33 Jahren.

Wir verlieren in Herrn Laaser einen ungemein tüchtigen, weit über seine Jahre hinaus reifen Mitarbeiter. Er erfreute sich nicht nur bei seiner Kollegenschaft im Werk, sondern vor allem auch im Reich durch sein immer freundliches, ausgleichendes Wesen ungewöhnlicher Beliebtheit. Mit uns werden viele seiner Freunde um ihn trauern.

Lindcar-Fahrradwerke Aktiengesellschaft Berlin-Lichtenrade

Die Geschäftsleitung, Angestellten- u. Arbeiterschaft

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 23. September, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Lichtenrader Friedhofes, Kaiserstraße, aus statt.

Fahrgelegenheit ab Potsdamer Ringbahnhof bis Bhf. Lichtenrade, oder Straßenbahn-Linie 99 bis Lichtenrade, Kaiserstraße.

Kleine Anzeigen
wirkungsvoll und billig

Überschriftswort 25 Pf., Textwort 12 Pf. / Wiederholungsrabatt: 10 mal 5%, 20 mal oder 1000 Worte Abschluß 10%, 2000 Worte 15%, 4000 Worte 20% Stellengesuche: Überschriftswort 15 Pf., Textwort 10 Pf. Annahme durch den Verlag, Lindenstr. 3 [illegible] und sämtliche Vorwärts-Filialen u. Ausgabestellen

Verkäufe

Zinkwaschwannen, Zinkwannen, sehr billig. Seumeier u. Bienberg, Dresdenerstraße 96. F 7 Jannowitz 6651.

Tapeten Zillat, Kolonnestraße 9.

Kinderwagen, modern, 25,—, Schadow, Neukölln, Bergstraße 132.

Möbel

Herrenzimmer 200,—. Klubtische 16.50. Riesenauswahl. Teilzahlung. Keiserling, Kaiserinallee 56.

Patentmatratzen „Primissima", Metallbetten, Auflegematratzen, Chaiselongues Walter, Stargarderstraße achtzehn, Reinhaben.

Metallbettstellen, Patentmatratzen, Auflegematratzen, Fabrikpreise. Metallbettstellenfabrik Holzmarktstr. 50. Geschäftsschluß 5 Uhr.

Lindenstraße 71—72. Schreibtische 20,—, Stühle 3,—, Regale 10,— an, im Hofspeicher.

Gleiser, Alexanderplatz. Möbelkatalog Nr. 23 gratis.

Dielengarnitur, neu, künstlerisch, verkauft Obst, Neukölln, Emserstr. 10.

Musikinstrumente

Stutzpianos, Mietpianos äußerst preiswert. Pianofabrik Zink, Brunnenstraße 35.

Pianolager. Bechsteinpianos, Blüthnerpianos, Stockpianos, Schwechtenpianos, Pleyelpianos, Dunfenpianos, Seilerpianos 175,—, 275,— an. Markenflügel 490,— an, gebrauchte, Abendroth, Potsdamerstraße 74.

Kassakäufer. Kunstspielpianos. Stutzflügel, fast neu, billig zu verkaufen. Große Frankfurterstraße 30, Hof parterre.

Nähmaschinen

Gebrauchte Nähmaschinen, sämtliche Systeme. Wochenrate 1 M. Neue 2 M. Lieferung sofort. Postkarte genügt. Flenters Nähmaschinengeschäft, Richthofenstraße 24, Königstadt 7792.

Fahrräder

Gebrauchte Fahrräder, 13,—, 20,— 25,— 30,—. Machnow, Weinmeisterstr. 14.

Fabrikneue Fahrräder, 38,—, 39,—, 45,—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Ballonräder wegen vorgeschrittener Saison viel billiger. Ballonräder jetzt 45,—, 55,—, 65,—. Ballonräder Marke Brennabor, 75,—. Ballonräder, Marke Stern, 75,—, 85,—. Original Presto - Ballonräder jetzt 90,—, 110,—, 125,—. Machnow, Weinmeisterstr. 14.

Jugendräder, größte Auswahl, 25,—, 40,—, 45,—, 50,—, 55,—, 65,—. Machnow, Weinmeisterstr. 14.

200 prima Markenräder mit Torpedofreilauf und prima Bereifung, in Lack und Nickel, etwas beschädigt. Stück nur 45,— und 55,—. Machnow, Weinmeisterstraße 14.

Garten, Laube und Balkon

Edelobstbäume zur Herbstpflanzung jetzt kaufen und aussuchen. Preisliste kostenfrei. W. Hauck, Baumschulen, Zehlendorf-Mitte, Bahnhofstraße-Lichterfelderstraße. Anruf 1060.

Wochenendhäuser, doppelwandig, von 300,— an und Laubenmaterial liefert E. Christ, Felsenecke, Rembrandtstraße. Eingang Körnerstraße. Sonntag vormittags geöffnet.

Kaufgesuche

Zahngebisse, Platinabfälle, Quecksilber, Zinnmetalle, Silberschmelze, Goldschmelzerei, Christionat, Köpenickerstraße 29, Zahlstelle Adalbertstraße.

Gesuche kaufe gebrauchten, billigen Kindersportwagen, Hertel, Fichtestraße 31.

Glühstrumpfasche kauft Bilmel, Elsasserstraße 26a, v. II.

Unterricht

Abiturium, Einjährigen, Direktor Dr. Fachelmanns Anstalt, Hohenzollerndamm 108.

Verschiedenes

Tausche Geige gegen Photoapparat 9 × 12. Meyer, Kolonnestraße 22.

Zeitungsstand, möglichst Bezirk, sofort gesucht. Offerten unter C. 108 Hauptexpedition „Vorwärts".

Vermietungen

Wohnungen

Neubauwohnung 2½ Zimmer, sofort, 75 Mark, „Vaterland", Friedrichsfelde, Dessauerstr. 17.

Zuschußobjekt, schöne 1-Zimmer-Wohnung, 23.30 Friedenauplatz, abzugeben. Sampert, Mannheimer 4.

Zimmer

Zimmer, leer, teilmöbliert, 1. Oktober. Ballo, Elberfelderstraße 14, 1—2 Parteigenossen.

Schlafstellen

Damen-Schlafstellen 4.50 wöchentlich. Gitschinerstraße 37.